

ZEITSCHRIFT DES  
MITTELSCHÜLER-KARTELL-VERBANDES

PREIS: €3,- | POLITISCH UNABHÄNGIGES JUGEND- UND MITGLIEDERMAGAZIN  
SEIT 1968

MKV 

# COULEUR

AUSGABE 3  
HERBST 2020



## Gerechtigkeit!

ZENTRALE FRAGE  
FÜR GESELLSCHAFT  
UND POLITIK

S.4

### Wir brauchen ein starkes Miteinander

Aktuelle Fragen und Antworten  
zu Pflege und Corona

S.10

### Geteiltes Leid – geteiltes Land

Gedanken zu Ungleichheit und Neid

Österreichische Post AG / SP 02Z031286 S  
MKV, Laudongasse 16, 1080 Wien, DVR: 0014958



# Pflege geht uns alle an!

450.000 Menschen beziehen in Österreich Pflegegeld. 950.000 Österreicherinnen und Österreicher pflegen ihre Angehörigen. Ihnen sind wir verpflichtet. Dabei gelten für uns fünf Prinzipien:

1. Daheim vor stationär
2. Unterstützung für pflegende Angehörige
3. Eine Personaloffensive starten
4. Deregulierung und Digitalisierung vorantreiben
5. Finanzierung zur Absicherung der Zukunft

**Weil wir an später denken und jetzt handeln!**



**August Wöginger**  
Klubobmann

[www.oevpklub.at](http://www.oevpklub.at)



# 4

## WIR BRAUCHEN EIN STARKES MITEINANDER

Karlheinz Kornhäusl (NMG) im Interview über Pflege und aktuelle gesundheitspolitische Fragen.

## 8 Gerechtigkeit durch Freiheit und die Schaffung von Chancen

Harald Mahrer über Gleichheit, Fürsorge und Entfaltungsmöglichkeiten.

## 10 Geteiltes Leid – geteiltes Land

Sophie Gnesda zu Neiddebatten, Erbschaft und Bildung.

## 12 Focus: Kultur

Dieter Michael Grohmann (Nc) mit seiner Kolumne.

## 14 Selbstversorgung muss Staatsziel werden

Paul Nemecek (BLW) im Interview über Lebensmittelsicherheit und Versorgung.

## 17 Gerechtigkeit? Wozu? Und: Wie?

Caroline Hungerländer zur politischen Herausforderung, für Gerechtigkeit sorgen zu wollen.

## 18 Klimagerechtigkeit: Die Industrie ist Teil der Lösung

Peter Koren (TFI) zu den aktuellen umweltpolitischen Herausforderungen – und zu ihrer Lösung.

## 20 Die Öffentlichkeit des Raumes

Alexander Putzendopler (ASG) zur Verkehrsdebatte.

## 22 „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit - ihr sollst du nachjagen ...“

Gregor Jansen (SOP) zur theologischen Dimension des Gerechtigkeitsbegriffes.

## 24 Ich will ein Opfer sein!

Markus Kroiher (GLW) zur Suche nach der eigenen Opfer-Identität.

## 26 Über Zivilcourage

Clemens Schuster (LRG) über das tatsächliche Einstehen für Grundwerte im Alltag..

# INHALT

28 Glossen

29 Buchrezensionen

30 Impressum & Comic

## EDITORIAL

Gerechtigkeit – was bedeutet das?

Dieser Frage stellt sich die Menschheit wahrscheinlich schon genauso lange, wie es so etwas wie Gemeinschaft gibt – also sicherlich schon in vorhistorischer Zeit, als unsere Vorfahren noch in Höhlen lebten. Was gehört wem? Wer erfüllt welche Funktion und welcher Lohn dafür ist gerecht?

Eine Gesellschaft funktioniert nicht, wenn alle nur dem Ich-Prinzip folgen. Eine Rücksichtnahme aufeinander ist eine Notwendigkeit. Dass aber Gleichmacherei, Wegfall privaten Eigentums und Neid als Grundlage völlig untauglich sind, das haben sämtliche sozialistische Systeme, die es je gab, eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Sie haben letztlich Armut, Rückschritt, medizinische Notlagen und Instabilität produziert. Ihre Existenzgrundlage war letztlich brutale Gewalt. Als katholische Couleurstudenten haben wir dem immer klare Absagen erteilt.

Seit einiger Zeit bekommt der alte Begriff Generationengerechtigkeit eine neue Bedeutung: Mit mehr oder weniger radikalen Forderungen wollen einige junge Bewegungen ein „grünes Umdenken“, um unsere Welt in einen besseren Zustand zu versetzen. Oftmals schießen sie aber über das Ziel hinaus oder stellen Forderungen, die in der Praxis bestenfalls sinnlos sind, schlechtestenfalls sogar das Gegenteil des Gewollten bewirken.

In dieser Ausgabe versuchen wir, uns diesen vielfältigen Fragestellungen von breiter Basis aus zu nähern. Ich wünsche viel Vergnügen bei der Lektüre!



**PHILIPP JAUERNIK (FRW)**  
CHEFREDAKTEUR

# WIR BRAUCHEN EIN STARKES MITEINANDER

Altern in Würde ist in den vergangenen Jahren zu einem immer dringlicheren Thema unserer Zeit geworden. Karlheinz Kornhäusl (NMG) ist als Internist vielfach hautnah an harten Fällen dabei. Im Interview spricht Couleur-Chefredakteur Philipp Jauernik (FRW) mit ihm über Gesundheitsversorgung und politische Fragen in der Pflege.

***Sprechen wir zuerst über deinen persönlichen Zugang: Du bist als fertig ausgebildeter Arzt in die Politik gegangen. Bist du Arzt und Politiker oder bist du ein Arzt in der Politik?***

Natürlich kann ich meine berufliche Herkunft nicht verleugnen, das will ich auch gar nicht und wäre nicht sinnvoll. Es hat Vorteile, aus einem Brotberuf zu kommen und Expertise mitzubringen. Ich glaube, dass es für die kommenden Jahre und Jahrzehnte zwei besonders wichtige Fragen gibt, für die die Politik Antworten finden muss: Zum Ersten, wie wir unsere immer älter werdende Bevölkerung versorgen und ein Altern in Würde ermöglichen. Zum Zweiten, wie schauen wir auf unsere Jugend, Stichwort Aus- und Weiterbildung, Jobchancen. Im Arztberuf erhalte ich täglich Einblick in das Gesundheitssystem und in die Pflege- und Versorgungssituation, als verheirateter Familienvater sind mir selbstverständlich Zukunftschancen für unsere Jugend ein besonderes Anliegen. Es gibt ein Sprichwort, das sagt, dass man den Wert einer Gesellschaft daran erkennt, wie sie mit ihren alten und den jungen Mitmenschen umgeht.

***Du warst auch jahrelang in der Landesvertretung aktiv, in der Ärztekammer Steiermark und in der Bundesärztekammer. Gerade im Gesundheitsbereich spricht man oft über die Probleme, die der Föderalismus mit sich bringt. Wie ordnest du das ein?***

Ich bin sicherlich niemand, der den Föderalismus verteufelt. Es ist im Sinne des in der Katholischen Soziallehre verankerten Subsidiaritätsprinzips immer wichtig zu schauen, wer welche Kompetenz am Besten zum Wohle der Allgemeinheit ausüben kann. Bei der Gesundheit ist es in der Tat so, dass es sich manchmal etwas schwieriger gestaltet. Nehmen wir Krankenhausstandorte als Beispiel. Da steht etwa in der Steiermark das LKH Hartberg und weniger als 20 km östlich das LKH Oberwart im Burgenland, ähnlich ist es mit den Spitälern in Bad Ischl und Bad Aussee. Da ist es sinnvoll, über den Tellerrand zu schauen, Synergien zu suchen, sich besser abzustimmen. Über den Strukturplan Gesundheit auf Bundesebene und die regionalen Strukturpläne sollte das in Zukunft noch besser gehen.

***Das stößt aber teils auf heftige Widerstände.***

Stimmt, weil natürlich überall unterschiedliche Interessen betroffen sind. Aber ich glaube fest, dass es da keine Tabus geben darf. Hier brauchen wir den Zugang einen gemeinsamen Nenner zu finden und miteinander zu reden, anstatt gleich aufzuspringen und „Nein!“ zu rufen.

***In Niederösterreich gibt es das gut funktionierende grenzüberschreitende Projekt „Gemeinsam gesund“, wo Österreicher in die tschechischen Krankenhäuser gehen können und umgekehrt, etwa in Znaim. Anderswo sind die Staatsgrenzen leider noch stärker vorhanden.***

Auch hier darf es keine Tabus geben, auch wenn die Themen da teils etwas komplexer sind, etwa in der Finanzierung und bei Fragen des Sozialversicherungswesens. Ich stehe dem sehr offen gegenüber, bin aber gleichzeitig der Meinung, dass wir uns derzeit darauf fokussieren sollten, unsere Hausaufgaben in den Bundesländern zu machen.

***Wie siehst du die Zukunft der Versorgung?***

Man darf nicht vergessen, dass Krankenhausstandorte oft historisch gewachsen sind, nur dass sich



heute die Thematik der Anfahrtswege anders darstellt als vor 100 Jahren, dennoch sind die Leute daran gewöhnt. Ich verstehe auch jeden Bürgermeister, der am liebsten ein vollausgestattetes Klinikum vor der Haustür stehen hätte, es ist aber schlichtweg nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Schwerpunktsetzungen mit regionaler Spezialisierung sind wesentlich gescheiter. Lieber weniger Spitäler, die aber dafür top ausgestattet und mit exzellent ausgebildetem Personal. Der Schlüssel liegt in der Vielfalt. Wir brauchen vor Ort Hausärzte, Gemeinschaftspraxen, Facharztzentren und an der Spitze schlagkräftige Spitäler.

*Auch wenn die Wege kürzer geworden sind, am Land können sie teils noch länger sein – dort besteht*

*außerdem besonderer Ärztemangel. Wie reagieren wir darauf?*

Wir haben da und dort Probleme, das ist wahr, und da müssen wir ins Tun kommen. Ich bin sehr froh darüber, dass das im Regierungsprogramm so deutlich verankert ist. Da liegen jetzt auch viele konkrete Vorschläge am Tisch, die in den nächsten Jahren angegangen werden. Die Pflege muss aufgewertet werden, etwa über das Modell der Community Nurse, eine wohnortnahe Gesundheitsförderung und Prävention, sowie die Unterstützung von Menschen in jeder Lebenslage bei der Bewältigung des Alltags. Das soll die Hausärzte, die insgesamt deutlich aufgewertet werden müssen, entlasten und pflegende Angehörige unterstützen. Wir brauchen da ein starkes

Miteinander aller involvierten Player.

*In der Pflege geht es besonders oft um die Kosten.*

Stimmt, aber da habe ich als katholisch denkender Mensch eine klare Haltung. Unsere Eltern haben uns an der Hand ins Leben begleitet und es ist unsere Pflicht, ihnen an der Hand ein Altern in Würde möglich zu machen. Das ist ein riesiger Kraftakt und so, wie es derzeit läuft, wird es nicht möglich sein. Deshalb ist mir der Ansatz besonders wichtig, Pflege daheim vor stationäre Pflege zu stellen. Wir müssen die pflegenden Angehörigen unterstützen, eben durch die Community Nurse und Hausärzte, aber auch durch eine bessere Vereinbarung von Pflege und Beruf. Es gibt hier kein



Allheilmittel, sondern wir müssen an vielen Rädern drehen.

### **Was heißt Vereinbarkeit von Beruf und Pflege konkret?**

Da gibt es unterschiedliche Ansätze, etwa eine finanzielle Absicherung durch einen „Pflege daheim-Bonus“ oder auch Flexibilisierung der Arbeitszeit für pflegende Angehörige. Ein anderer Ansatz ist der Pflege-Frei-Tag, wo der Pflegenden einen Tag freigestellt wird, um sich erholen zu können. Das sind Forderungen, die derzeit am Tisch liegen und die jetzt sukzessive diskutiert und angegangen werden. Der Prozess startet demnächst – und am Ende dieses Prozesses kann nur eines stehen, nämlich Altern in Würde zu ermöglichen und den Pflegenden die Wertschätzung zukommen zu lassen, die sie verdienen.

**Diese Wertschätzung ist ein wichtiges Thema. Man pflegt einen Angehörigen in dessen letzter Lebensphase - wenn dann die Mutter oder der Vater verstorben ist, ist plötzlich eine Leere da, eine psychisch**

### **schwierige Situation, mit der die Betroffenen oft allein dastehen.**

Das ist ein unheimlich wichtiger Punkt. Das kann ich als Arzt jeden Tag im Spital beobachten, wenn Angehörige in die Sprechstunde kommen. Da spielen sich teilweise echte Tragödien ab. Wie geht es weiter, wenn ein Verwandter pflegebedürftig wird? Wie gehe ich mit dem Tod des Mitmenschen um? Denken wir auch daran, dass pflegen – egal ob im Spital oder zuhause – körperlich und seelisch unglaublich fordernd ist. Das ist ein Bereich, in dem ich mich im angesprochenen Prozess besonders gerne einbringe, weil das bisher viel zu wenig Beachtung gefunden hat. Wir sehen hier auch, wie sich der gesellschaftliche Wandel, wo es immer weniger die Großfamilien von früher gibt, konkret auswirkt.

**Dieser Wandel ist ein gutes Stichwort. Ein Teil dessen ist ja auch, dass wir mit psychischen Erkrankungen viel stärker als früher konfrontiert werden. Liegt es daran, dass wir als Gesellschaft heute dafür mehr**

### **Bewusstsein haben – oder ist es die Gesellschaft, die uns krank macht?**

Beides. Wir sind aufmerksamer als früher, wir gehen offener damit um. Leider sind aber die Angst vor gesellschaftlicher Ausgrenzung und die Sorge um den Arbeitsplatz immer noch stark vorhanden. Es ist paradox: Wir erleben eine Welt, die immer enger zusammenrückt und sich „immer schneller dreht“ aber gleichzeitig haben wir immer mehr Menschen, die vereinsamen. Einsamkeit ist einer der vielen Nährböden für Depressionen. In Graz zum Beispiel ist jeder zweite Haushalt ein „Singlehaushalt“, was natürlich verschiedenste Gründe hat. Oft aber merke ich schon nach wenigen Minuten im Gespräch mit meinen Patienten, dass ihre körperlichen Symptome auch eine psychische Ursache haben. Hier passiert sehr viel, zum Glück, im ehrenamtlichen Bereich und in Vereinen.

### **Also ist es schon auch die Gesellschaft, die uns psychisch krank macht?**

Pointiert gesagt: Unser seelisches Wohlbefinden hält nicht mit unserem wirtschaftlichen Wohlergehen Schritt. Es geht uns materiell so gut wie nie zuvor, aber innerlich verlieren wir oft ein bisschen den Boden. Gerade wir als Christlichsoziale müssen hier aufzeigen – wir müssen als Gesellschaft wieder mehr lernen, uns über das Erreichte zu freuen, innezuhalten und zu reflektieren, wie gut es uns geht. Aber wir müssen auch umso mehr auf jene achten, die nicht auf sich selbst achten können, die in ein leeres Zuhause heimkommen und die einsam sind. Da kann es schon sehr wichtig sein, dass wir zum Beispiel in der Nachbarschaft mehr aufeinander schauen.

**Wie können gerade wir als katholische Couleurstudenten damit umgehen?**

Wir haben als Gesellschaft ein bisschen verlernt, zuzuhören – sei es im Freundeskreis, im Beruf oder in der Familie. Das hört sich banal an, aber ich halte es für enorm wichtig. Wenn wir empathisch zuhören, gezielter nachfragen und zwischen den Zeilen lesen bzw. hören, um mitzubekommen, dass da oder dort vielleicht ein seelischer Druck da ist. Die Menschen haben auch ein Bedürfnis, darüber zu sprechen, aber wir müssen ihnen das auch erleichtern, indem wir uns aktiver interessieren.

**Wir haben mit der Corona-Pandemie ein besonders schwieriges halbes Jahr hinter uns. Im Nachgang gab es durchaus auch Kritik an den Maßnahmen der Bundesregierung. Haben wir richtig reagiert?**

Dazu gibt es meinerseits ein ganz eindeutiges Ja, sowohl politisch als auch medizinisch. Gerade in der Frühphase der Pandemie ist es uns gelungen, unsere Spitäler handlungsfähig zu halten, speziell im Intensivbereich. Das war enorm wichtig, wir haben unsere Kapazitätsgrenzen nicht ausreizen müssen. Die Bundesregierung hat das Allerwichtigste richtig gemacht: Sie hat beherzt gehandelt und Entscheidungen getroffen. Metaphorisch könnte man sagen, da wurde richtig viel gehobelt – und wo gehobelt wird, da fallen Späne. Daher ist es jetzt auch notwendig, das eine oder andere da und dort zu reparieren.

**Manche Kritiker meinen ja, man hätte sich entscheiden müssen zwischen einem harten Lockdown und dem Retten der Wirtschaft.**

So mag es manchem erscheinen, aber man muss realistisch sein: In Wahrheit hatten wir diese Wahl nie. Es war und ist immer wichtig, jedes einzelne Menschenleben zu retten, davon bin ich fest überzeugt. Eine Anmerkung auch zu Schweden, wo es ja oft heißt, die hätten das besser gemacht: Dort ist heute teilweise ein gesundheitspolitisches Fiasko manifest – und auch ein wirtschaftliches. Bei uns sind die wirtschaftlichen Folgen zwar teils hart, aber es wurden und werden Hilfspakete geschürt – und wir haben dennoch mehr Menschenleben gerettet.

**In den sozialen Medien wird oft die Kritik laut, ihre Freiheit wäre unverhältnismäßig eingeschränkt werden. Gerade die Maskenpflicht wird gern angegriffen. Was kannst du als Mediziner dazu sagen?**

Der Grazer Soziologe Manfred Prisching hat dazu gesagt „Wenn es keine größeren Unannehmlichkeiten sein sollten als diese Kinderlitzchen, dann leben wir immer noch unter glücklichsten Umständen“. Der deutsche Virologe Christian Drosten hat dazu den Begriff des Präventionsparadoxons geprägt: Gerade dadurch, dass wir viele Maßnahmen getroffen haben – Lockdown, Maskenpflicht, Social Distancing und so weiter – kam es eben nicht zur Katastrophe. Weil sie aber nicht eingetreten ist, können nun einige Menschen den Sinn der Maßnahmen nicht mehr nachvollziehen. Dabei ist das nur der Fall, weil sich 98 Prozent der Bevölkerung so diszipliniert verhalten haben.

**Wie beurteilst du die Wirksamkeit der Masken?**

Es ist so: Viren brauchen Überträger und Eintrittspforten, um sich

im Körper ausbreiten zu können. Wenn ich mit der Maske eine Barriere schaffe, indem der Infizierte und der Nichtinfizierte eine Maske tragen und beide dazu den Abstand von einem Meter oder mehr einhalten, dann ist der Weg des Virus massiv erschwert. Kombiniert mit den allgemeinen Hygienemaßnahmen wie zum Beispiel Händewaschen, was man ja sowieso tun sollte, ergibt das wirklich Sinn und hilft auch. Daher mein Appell: Bitte bleibt verantwortungsvoll und gebt aufeinander Acht – und wenn eine Impfung vorhanden ist, macht davon Gebrauch, so wie auch von der Influenzaimpfung. Impfen rettet Leben, das dürfen wir nie vergessen.



**DR. KARLHEINZ KORNHÄUSL (NMG)**

**ist Facharzt für Innere Medizin am Landeskrankenhaus Südsteiermark am Standort Wagna. Im September 2018 begann Kornhäusl ein MBA-Studium Healthcare and Hospitalmanagement an der Universität Linz. Er ist Bundeskurienobmann-Stellvertreter der Kurie Angestellte Ärzte in der Österreichischen Ärztekammer. Seit 2019 vertritt er die Steiermark im Österreichischen Bundesrat, wo er stv. Vorsitzender des Gesundheitsausschusses sowie unter anderem Mitglied des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ist.**

# GERECHTIGKEIT DURCH FREIHEIT UND DIE SCHAFFUNG VON CHANCEN

Gibt man den Begriff „Gerechtigkeit“ bei einer einfachen Google-Suche ein, so erhält man über 15 Millionen Ergebnisse, im Englischen sogar über 3 Milliarden. Die große Anzahl an Suchergebnissen spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Definitionen und Zuschreibungen und entsprechend in den politischen Debatten wider. Gerne wird der Begriff „Gerechtigkeit“ auch instrumentalisiert und seine Bedeutung vor allem über die eigenen Ansprüche definiert.

Eines ist klar: Ein gutes Zusammenleben und eine funktionierende Gesellschaft wird es nur mit einem angemessenen Ausmaß an Gerechtigkeit geben. Oft wird Gerechtigkeit aber auf die (Ergebnis-)

Gleichheit reduziert, mit der Überlegung: je gleicher eine Gesellschaft, desto gerechter ist sie. Doch in Wirklichkeit führt diese „Gleichmacherei“ zu mehr Ungerechtigkeit. Umso wichtiger ist es, Gleichheit und Gerechtigkeit konsequent zu differenzieren und die Unterschiede in den jeweiligen Politikfeldern aufzuzeigen.

Ein gerechtes Bildungssystem zum Beispiel hat für Rahmenbedingungen zu sorgen, die auf die unterschiedlichen Begabungen und Talente aller Mitglieder der Gesellschaft eingehen und durch die sich jede und jeder bestmöglich entfalten kann. Eine Bildungspolitik, die mangels notwendiger Differenzierung Ungleichheit gleichbehandelt, sorgt hingegen für Ungerechtigkeit.

Auch in den Umverteilungsdebatten, die in Österreich vor allem von den politischen Kräften links der Mitte ständig geführt werden, entlarvt sich die falsche Gleichsetzung von Gerechtigkeit und (Ergebnis-) Gleichheit: Den einen soll etwas genommen werden, um den anderen etwas zu geben. Einerseits sitzt man hier dem Denkfehler auf, dass

es nur einen fertigen Kuchen zu verteilen gibt. Dabei muss es unser Anspruch sein, durch eine innovative, wachstumsorientierte und wettbewerbsfähige Wirtschaft das grundsätzliche Wohlstandsniveau zu erhöhen. Zweitens soll durch diese „Robin Hood-Phantasien“ Eigentum besteuert werden, das einerseits schon mehrmals besteuert und in vielen Fällen hart für nachfolgende Generationen erarbeitet und aufgebaut wurde.

Dazu ein Beispiel auch im Hinblick auf den demografischen Wandel und das Thema der Vorsorge: Man benötigt in Zeiten einer älter werdenden Bevölkerung umso mehr eine Vorsorgekultur, weil die Allgemeinheit mit der Pensionierung der Babyboomer-Jahrgänge alleinig nicht in der Lage sein wird für diese Generation zu sorgen. Daher braucht es neben der staatlichen auch eine private Vorsorge, die nur mittels Eigentumsaufbau möglich ist. Diese ermöglicht es einem dann auch selbstbestimmt alt zu werden. Wenn allerdings das Eigentum weniger gut vererbbar wäre, gäbe es sowohl weniger Motivation, Kapital für die Familie zu bilden, als auch nicht die



**DR. HARALD MAHRER**

*ist seit 2018 Präsident der Bundeswirtschaftskammer (WKO), außerdem ist er Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) und Präsident der Österreichischen Nationalbank. Seine berufliche Laufbahn startete er als Assistent des Rektors und als Forschungsassistent am Institut für Informationswirtschaft der WU Wien. Später gründete er eine Beratungsfirma, war Präsident des Julius-Raab-Instituts und wurde zunächst Staatssekretär, danach Wirtschaftsminister.*

notwendige Zukunftsvorsorge für sich selbst zu leisten. Die Neigung auf mehr Konsum anstelle des Eigentumsaufbaus zu setzen, würde durch die Erbschaftssteuern steigen.

Diesen wichtigen Anreiz, für die Familie zu sparen und vorzusorgen, sowie Eigentum über Jahrzehnte zu erhalten, durch reine Ideologie und Neidkultur einzuschränken, wird unsere Gesellschaft sicherlich nicht gerechter machen! Und eines dürfen wir dabei nicht übersehen: Österreich ist weltweit bereits eines jener Länder, welches sehr stark umverteilt, wie es der entsprechende Gini-Koeffizient auch aufzeigt.

Diese egalitaristischen Ansätze gehen generell davon aus, dass nur ein bemutternder Fürsorgestaat ein Maximum an Gerechtigkeit erzielen kann und daher die Staats-tätigkeit immer stärker ausgeweitet werden soll. Doch ein Staat, der immer stärker interveniert, um dadurch vermeintlich Verteilungs- und Versorgungsgerechtigkeit zu schaffen, agiert oft gegen den Wert der Freiheit und reduziert Chancen.

Ein allumfassender Fürsorgestaat muss nämlich auch eines sicherstellen: Die Steuerschraube ständig nach oben zu drehen, um mehr Mittel für die Umverteilung zur

Verfügung zu haben. Das bedeutet wiederum, dass uns allen als Akteuren im Wirtschaftsleben immer mehr frei verfügbare Mittel entzogen werden. Unsere wirtschaftliche Freiheit wird somit sukzessive eingeschränkt.

Eine steigende Steuerlast reduziert den Handlungsspielraum, neue Investitionen zu tätigen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Innovationen loszutreten. Auch das ist ungerecht, denn wer sich mehr wirtschaftlichen Handlungsspielraum erarbeitet hat, soll auch die Chance und die nötige Freiheit haben, diesen zu nützen. Die zunehmenden Steuereinnahmen führen nicht dazu, dass der Staat mit diesen Mitteln entsprechend Haushalten kann – ganz im Gegenteil, den künftigen Generationen wird damit eine steigende Schuldenlast mit auf den Weg gegeben.

Gerecht ist das nicht! Es nimmt uns allen die Möglichkeit, in Zukunftsbereiche zu investieren – von der Forschung, der Wissenschaft bis hin zu Innovationsthemen. Eine ausufernde Staatstätigkeit in Form von übermäßigen regulatorischen Eingriffen und Besteuerung geht nicht mit mehr Gerechtigkeit einher. Die angeführten Beispiele veranschaulichen, was es für Gerechtigkeit wirklich braucht: nämlich das Sicherstellen von Freiheit und die Schaffung von Chancen!

Zielführend ist es daher, eine zukunftsorientierte Gerechtigkeitspolitik investiv zu denken und Investitionen in Betreuung, Bildung und Ausbildung sowie den Zugang zum Arbeitsmarkt zu forcieren – denn genau dadurch bieten sich zusätzliche (Lebens-)Chancen. Statt einen staatlich definierten Weg vorzugeben, soll der Staat so viel Freiraum wie möglich geben, der mit entsprechender Verantwortung wahrgenommen wird. Unternehmen investieren eigenständig in ihre Zukunft – sie schaffen damit Arbeitsplätze und erweitern unser aller Wohlstand. Es zeigt sich deutlich, dass die Freiheit zur Eigenverantwortung für eine gerechte Gesellschaft von hoher Relevanz ist. Eine Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zu prolongieren oder gar noch zu intensivieren ist auch in Zeiten des zunehmenden Rufes nach dem Staat und großer wirtschaftspolitisch notwendiger Unterstützungspakete aufgrund der Corona-Krise nicht der richtige Weg.

Es braucht mehr Chancengerechtigkeit, weniger zu kurz gedachte „Gleichheit“, sowie ein höheres Maß an Freiheit, um ein stimulierendes, auf die Zukunft gerichtetes Gerechtigkeitsverständnis zu schaffen.



Rollen-/Bogenoffsetdruck  
Werbemittlung/beratung  
Verlagsproduktionen  
Projektmanagement

**Kny & Partner**  
Kompetenz seit 1997

**Kontakt:**  
Kny & Partner  
Christoph R. Kny v. Grizzly  
TuM! FbM! Rg!  
c.r.kny@knyundpartner.com  
0043 676 310 67 14



# GETEILTES LEID - GETEILTES LAND

Auch in Österreich wird zunehmend beklagt, dass die Ungleichheiten ansteigen. Bei Vermögen, Einkommen und Lebenschancen gehe die sinnbildliche Schere auseinander, die auch regelmäßig neidpopulistische Debatten anheizt. Was wäre denn gerecht? Dass dies gar nicht so leicht zu definieren ist, schildert diese Suche nach der sozialen Gerechtigkeit.

Die Sicht der meisten dem neoklassischen Paradigma folgenden Ökonomen auf die sozioökonomische Realität wird durch eine Modellkonstruktion geformt, die man wie folgt skizzieren kann: Der „homo oeconomicus“ maximiert auf rationale Weise seinen individuellen Erwartungsnutzen. Interagieren die Wirtschaftssubjekte auf vollkommenen Wettbewerbsmärkten, dann bildet sich ein Gleichgewicht heraus, in dem alle einzelwirtschaftlichen Pläne optimal aufeinander abgestimmt sind. Dieses Modell ist bis heute gültig, obwohl klar davon ausgegangen wird, dass ein größtmögliches Maß an Freiheit und Information zur Verfügung steht.

Soziale Gerechtigkeit ist im Gespräch mit Ökonomen jedenfalls keine geeignete oder anzustrebende Instanz, da sie mit der Beeinflussung der oben genannten Faktoren einhergeht. Für Friedrich August von Hayek ist der Ausdruck „soziale Gerechtigkeit“ sogar ein „Kennzeichen der Demagogie oder des billigen Journalismus, den zu benutzen verantwortlich Denkende sich schämen sollten“.

Als die heranrollende Corona-Krise in Österreich zu Hamsterkäufen führte, konnte man in Sozialen Medien lesen, dass die reichsten zehn Prozent der Österreicher beinahe

66 Prozent aller Klopapierrollen gehortet hätten. Das lässt den Rückschluss zu, dass sich der Rest der Bevölkerung um den anderen Anteil streiten müsste. Das wäre gefühlt natürlich ungerecht. Aber diese Gleichung schließt nicht mit ein, dass unsere Lieferketten – Gott-sei-Dank – nicht zum Erliegen gekommen sind und dass somit weder unser Vermögen, mit dem dieses Verhältnis gleichgesetzt wird, noch unsere Klopapierlieferungen ein Kuchen sind, der geteilt und verteilt, unwiederbringlich verschwunden wäre.

Meine und alle Skepsis von Ökonomen ändert nichts am großen öffentlichen Interesse an Fragen der sozialen Gerechtigkeit, vor allem an der Verteilungsgerechtigkeit, insbesondere vererbten Finanz- und Immobilienvermögens oder der Verteilung des Lohneinkommens.

Häufig wird beklagt, dass der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Volkseinkommen langfristig sinkt – wegen Globalisierung, Digitalisierung, geringer Lohnerhöhungen, Inflation, etc. Die Fakten zeigen aber das genaue Gegenteil: Die Lohnquote wird nach WIFO im Jahr 2021 deutlich höher sein als 2007 und immer noch höher als im Jahr 2000. Dabei heißt es von anderer Seite, dass

Lohneinkommen stagnieren oder nur langsam wachsen. Dieses Unrechtsempfinden wird noch weiter angeheizt, wenn Studien veröffentlicht werden, die herausarbeiten dass die einzigen Gewinner der letzten eineinhalb Jahrzehnte nur die ATX-Vorstände seien. Ein Anstieg der Vorstandslöhne liegt vor allem am hohen Anteil variabler und erfolgsbasierter Gehaltskomponenten. Diese machten rund 45 Prozent des Gehalts der Vorstände aus. Das heißt, die Unternehmen wurden unter ihrer Führung erfolgreicher. Außerdem sichert mutiges und verantwortungsvolles Handeln der Unternehmerinnen und Unternehmer Arbeitsplätze und Steuern.

Die Corona-Krise wird nichtsdestotrotz weitere Schwächen unseres Arbeitsmarkts sichtbar machen. Die Frage, die wir uns also stellen sollten, wäre: Wie reformiere ich den Arbeitsmarkt? Wie informiere ich konstruktiver über komplexe Zusammenhänge? Und wie löse ich das Problem der durch die Krise angewachsene Arbeitslosigkeit? Die Frage, die uns gleichzeitig gesamtgesellschaftlich aber wenig hilft, ist: Wie nehme ich den Vorständen etwas weg?

Die meisten Österreicherinnen und Österreicher, fast neunzig Prozent,

erben nichts. Ähnlich wie in der Debatte um die Löhne, sollte man aber nicht die Gruppe, die noch etwas erbt, besteuern, sondern den Menschen, die nichts erben, zur Hand gehen, damit Vermögen überhaupt aufgebaut werden kann. Denn eines dürfen wir nicht vergessen: Wer etwas anspart, der hat vorgesorgt und reduziert das Risiko der Altersarmut. Außerdem kann eine mögliche Weitergabe an die nächste Generation auch eine zusätzliche Motivation dafür sein, Leistung zu erbringen.

Ein Ansatzpunkt mehr Gerechtigkeit zu schaffen, wäre die Bildungsvererbung zu entkräften, die in Österreich stärker ist als in vielen anderen Ländern. Eine Person, deren Eltern nur Pflichtschulabschluss haben, schafft bei uns noch seltener einen Hochschulabschluss als in vielen vergleichbaren

Ländern. Sozial gerechter wäre eine konkretere Förderung von Exzellenz, wenn es Kinder und Jugendliche gibt, die diese auch erreichen können.

Soziale Gerechtigkeit ist somit einerseits das Gerechtsein, das Prinzip eines staatlichen oder gesellschaftlichen Verhaltens, das jeder und jedem gleichermaßen sein Recht gewährt und andererseits das, was als gerecht angesehen wird. Ersteres ist enorm schwer messbar, komplex und vielschichtig, wie man an den Kurzbeispielen zu Löhnen und Erbschaften sehen konnte. Das als gerecht Empfundene ist eine subjektive Wahrnehmung und kann durch vielfältige Faktoren positiv beeinflusst oder negativ verzerrt werden, ist aber nichtsdestotrotz eine wichtige politische Maxime. Das Maß an Freiheit und Information ist somit wichtiger,

als es ökonomische Studien jemals sichtbar machen können.



**MAG. SOPHIE GNESDA**

*ist Liaison Officer des EUPRO Instituts und Pressesprecherin der IV-Wien. Als Medienwissenschaftlerin und Absolventin der Diplomatischen Akademie versucht sie sich an einem holistischen Blick auf komplexe Zusammenhänge und hofft darauf, dass die Schwächen am Arbeitsmarkt sichtbar gemacht und ausgemerzt werden können.*

# SCHWANGER?

Wir beraten.  
Wir informieren.  
Wir helfen.

kostenlos  
und vertraulich

tel.: 01/512 52 21  
[www.aktionleben.at](http://www.aktionleben.at)



 **aktion leben**  
österreich

Bitte spenden Sie, damit wir schwangere Frauen und Familien in Not beraten und unterstützen können. Vielen Dank.

IBAN:  
AT64 3400 0000 0723 6771

Ihre Spende an uns ist steuerlich absetzbar.

 Bundesministerium  
Arbeit, Familie und Jugend



## VOM TÄGLICHEN RADIKALISMUS UND DEM VERLÖSCHEN DES GLANZES IN DEN AUGEN

Wenn ein Löwe in Freiheit geboren wurde und dann in Gefangenschaft gerät, so heißt es, verlischt mit der Zeit der Glanz in seinen Augen. Er weiß, was er zu erwarten hat. Fütterung zur gleichen Zeit, Käfigreinigung zur gleichen Zeit, das Löschen der Lichter im Zoo zur gleichen Zeit. Jahrein, jahraus zur gleichen Zeit.

Insgesamt kann der Mensch ungefähr 20 Millionen Farben unterscheiden. Da diese Anzahl Farben zu groß ist, um sinnvoll damit umzugehen, beschränkt sich die Psychologie in der Regel auf vier Farben (blau, gelb, rot, grün). Unsere Farbfernseher lösen Bilder in 8 K mit 7680 x 4320 Pixels auf.

Wir selbst aber, unsere Gesellschaft scheint zunehmend schwarz/weiß und verschwommen zu sehen.

Es bedarf zwar nicht unbedingt einer Pandemie, aber diese macht vieles sichtbar. Auch wenn aus Infektionsgründen eine „räumliche“ Distanz gefordert war, wurde stets von einer „sozialen“ Distanz gesprochen. Und eigentlich ist das leider nicht ganz so falsch. Der Weg von Herz zu Herz ist weiter geworden. Ganz gleich welches Thema: der tagtägliche Radikalismus ist stärker geworden. Wo soll man da beginnen? Gesundheit, Wirtschaft, Migration, Klima, Lock-Down, Beschäftigung, Impfpflicht, Ernährung, (individual-)

Mobilität, Geschlechterchancen, Bildung, Steuergerechtigkeit usw. Darf man einem befreundeten Muslimen einen guten Ramadan wünschen, oder einem jüdischen Mitbürger ein ‚Happy Chanukka‘ Biedert man sich an oder verrät man seine privaten „Glaubenssätze“? Wenn man sich über ein „Frohes Ostern“ freut, ist man dann kultusmäßig ein Ewig-Gestriger? Müssen es da die atheistischen ‚Seasons Greetings‘ ala DDR 4.0 sein, um vom Shitstorm verschont zu werden?

Währet den Anfängen! Wenn es um „Nazis raus“ geht, ist das absolut gerechtfertigt, wichtig und richtig, aber auch bei linken Umtrieben

(zB. G20 Treffen in Hamburg 2017) muss das in gleichem Ausmaß gelten. Ein Farbbeutelanschlag oder Vandalismus ist Sachbeschädigung. (Sozial-)Medial werden aber die einen aufgebauscht, die anderen entweder verschwiegen, verharmlost oder sogar gerechtfertigt. Vielleicht bin ich da zu sehr Jurist, aber Unrecht ist Unrecht. Verstehen Sie mich nicht falsch. Hier wird absolut nichts beschönigt oder relativiert.

Was mich aber noch viel mehr umtreibt, ist dieser Hass der tagtäglich mehr zu werden scheint. Dabei sind alte Einteilungen in Links und Rechts nicht mehr passend.

Da brüllt eine Umweltaktivistin unter dem Gegröle ihrer Jünger: „I want that you panic!“. Gefilmt wird dies dann mit tausenden Smartphone mit Akkus aus mehr als zweifelhafter Quelle.

Dort werden in Zeiten der flächendeckenden Quarantäne noch schnell zentrale Verkehrsachsen zugunsten von Fahrradstreifen verändert. Es geht darum Fakten zu schaffen, aber schon lange nicht um Umweltschutz. (Die dadurch entstehenden Staus werden noch viel mehr Emissionen erzeugen.) Es geht darum ein Exempel zu statuieren. Dabei werden – laut Diskussion in (ach so sozialen) Netzwerken - nicht einmal Autos zum Feind erklärt, sondern die Autofahrer selbst, die durchwegs als ‚morons‘ (Trottel) bezeichnet werden.

(Ich erinnere mich an eine Diskussion über die Verkehrssituation im Nadelöhr Salzburg. Der zuständige Stadtrat meinte schon vor 30 Jahren, man müsse

Verkehrsbehinderungsmaßnahmen setzen, um jetzt schon ein Szenario zu schaffen, wie es bei normaler Entwicklung erst in 30 Jahren einmal sein wird. Das müsse sein, um die Leute vom Auto weg zu erziehen. Als ich damals erwiderte, dass dies genauso sei, wie sich heute umzubringen, um jetzt schon zu erfahren wie es einmal sein wird, wenn wir später tot sind. Mein damaliger Arbeitgeber rügte mich, weil ‚so spreche man mit einem Politiker nicht‘.

Ergebnis: Salzburg erstickt genauso wie durchgehend die letzten 30 Jahre im Verkehr und der öffentliche Nahverkehr wurde auch nicht wirklich verbessert – trotz ideologisch aufgeladener Umerziehung samt Gesinnungsterror.)

Als Fußgänger, der ich hauptsächlich bin, könnte mir das ja egal sein. Aber was ist mit der Radikalisierung der Gesellschaft? Ist mir die egal? Einer meiner Freunde würde jetzt sagen: ‚Lass das, sonst erntest Du nur Kritik!‘ Sind seine Augen schon blind und völlig ohne Glanz, weil er weiß, was zu erwarten ist? Wo ist der genannte Glanz in den Augen, die Leichtigkeit des Seins, die kindliche Freude am Leben? Was ich in den Augen sehe, ist Funken und Blitzen vor Fanatismus zu oben genannten Themen. Wenn es also kälter und radikaler wird, so liegt es an allen dies zu korrigieren.

Werden wir das schaffen, wenn irgendwann einmal nicht nur die moralischen Masken sondern auch die Virenmasken gefallen sein werden? Werden wir einander wieder umarmen und an einem gemeinsamen Ganzen bauen? Oder bleibt es bei der Parole: „Und willst Du nicht

mein Bruder (Schwester) sein, so schlag’ ich Dir den Schädel ein“?

Wenn so viele Aktivisten (von welcher Farbe oder Seite oder Ausrichtung auch immer) schon das (eigene) Leben bzw. die Gesellschaft als beschattet erachten, warum müssen diese dann all den anderen, die einfach nur in Frieden leben wollen, gerade diesen vergällen?

Aus reinem „Hau-drauf-Egoismus“? Na, da mag einem schon das Glänzen in den Augen vergehen wollen. Und doch gibt es sie, die Freiheit und die Sehnsucht danach.



### **DIETER MICHAEL GROHMANN (NC)**

*ist Jurist, Filmmacher und Medienkünstler. Seit 2006 ist er Direktor für Sector Policy and Media des EU-Handwerksverbands SMEunited. Parallel produzierte er seit 2010 Kurzspiel- und Dokumentarfilm. 2017 wurde „Das Stundenglas“ beim W.I.N.D. International Film Festival in Hollywood prämiert, 2018 erhielt sein Film „A Walk in the Park“ den Genre Award „Horror“ des Austrian Filmfestivals. 2019 wurde er mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst ausgezeichnet. Seit 2020 produziert er mit seinem Label „Studios Toison d’Or“ die Sendereihe „Paneuropa. Der Podcast.“ auf Spotify und Google Podcast.*

[www.dietergrohmann.eu](http://www.dietergrohmann.eu)

# „SELBSTVERSORGUNG MUSS STAATSZIEL WERDEN“

Nö. Bauernbunddirektor Paul Nemecek (BLW) im Couleur-Gespräch über die neue Sicherheitskampagne der bäuerlichen Standesvertretung und die Lehren, die unsere Gesellschaft aus der Corona-Krise ziehen muss.

*Es vergeht kaum ein Tag, an dem wir nicht über die Corona-Entwicklung in den Medien berichten. Wie hast Du die Krise bis jetzt erlebt?*

Zu Beginn der Krise habe ich vor allem viel Unsicherheit in der Bevölkerung erlebt. Das hat sich niemand vorstellen können, dass man in den Supermarkt geht und die Lebensmittelregale leer sind. Kein Brot, kein Fleisch, keine Milch, kein Gemüse. Aber genau das ist zu Beginn der Corona-Krise passiert. Der Freitag, der 13. März, wurde zum Tag der leeren Regale. Hamsterkäufe, völlig überforderte

Handelsriesen, sogar das Bundesheer hat eingreifen müssen. Und wären da nicht unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern gewesen, die sofort für Nachschub gesorgt haben, wären die Regale tagelang, wenn nicht wochenlang leer geblieben. Ganz Europa wurde ja von einem Tag auf den anderen heruntergefahren und zugesperrt. Als die Grenzen dicht waren, war Österreich ganz auf sich alleine gestellt. Und nein, es sind nicht die Handelsriesen, die für Versorgungssicherheit mit Lebensmittel sorgen. Sie stellen die Regale auf und unsere Bäuerinnen und Bauern befüllen sie.

*Bei den Schutzmasken war es in punkto Nachschub immer eine Zitterpartie. Könnte es bei Lebensmitteln auch einmal soweit kommen?*

Ich hoffe nicht, aber die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir als Staat verwundbar geworden sind. Im Medizinbereich gab es zu wenig Medikamente, Impfstoffe und Schutzausrüstung „Made in Austria“ oder „Made in Europe“. Da war sich dann jeder Staat selbst der nächste, es wurden Flieger beschlagnahmt und Schutzmasken ausgeräumt. Im Umkehrschluss heißt das für Lebensmittel: Wenn wir in dieser Situation nicht in der Lage gewesen wären, unsere

Bevölkerung mit Nahrung zu versorgen, hätten wir ein echtes Problem gehabt. Dann wäre aus der Corona-Krise nicht nur einen Wirtschaftskrise entstanden, sondern auch eine Hungerskrise. Damit das auch in Zukunft nicht passieren kann, müssen wir jetzt die richtigen Lehren aus der Corona-Krise ziehen.

*Und welche Lehren wären das?*

Pauschal gesagt, müssen wir die Versorgung in den systemrelevanten Bereichen sicherstellen. Das fängt an bei der Gesundheitsversorgung, über Bargeld, Energie und geht bis zur Lebensmittelversorgung. Das ist ein Thema, das ist viel breiter als die Landwirtschaft. Und dazu haben wir im Nö. Bauernbund auch eine neue Kampagne unter dem Motto „Für Dich, für Alle, für Österreich“ gestartet, wo wir die Versorgungssicherheit bewusst aufgreifen und vor allem auch im städtischen Bereich thematisieren.

*Auch der Lebensmittelsektor ist vor Corona nicht gefeit, wie die Entwicklung beim Tönnies-Fleisch gezeigt hat. Müssen wir uns in Österreich auf Ähnliches einstellen?*

Tönnies ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich Zentralismus und Abhängigkeit von einzelnen Standorten niederschlagen kann. Das sehen



**ING. PAUL NEMECEK, MSC. (BLW)**

*Seit Jänner 2020 ist der 33-jährige Wieselburger Paul Nemecek Direktor des NÖ Bauernbundes. Nemecek ist Absolvent des Francisco-Josephinums in Wieselburg und studierte Agrar- und Technologiemanagement. Nach Stationen beim Maschinenring Erlauftal sowie bei der Erber Group kam er zum NÖ Bauernbund.*



jetzt auch die deutschen Nachbarn. Am Schlachthof Tönnies werden so viele Schweine geschlachtet, dass ganz Österreich von diesem einen Schlachthof versorgt werden könnte. Für die Zukunft muss die heimische Politik den Boden so aufbereiten, dass wir nicht in dieselbe Misere und noch mehr Abhängigkeit schlittern. Viele politische Maßnahmen werden dazu nötig sein - Stichwort Herkunftskennzeichnung, Österreich-Bonus oder ein Umdenken in der EU-Agrar- und Freihandelspolitik. Dabei ist es für uns mehr als selbstverständlich, dass das Thema Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln ausreichend Platz in unserer Gesetzgebung – nämlich in der Verfassung – findet.

**Aktuell steht ja auch die heimische Zuckerversorgung im Brennpunkt – was sind dabei die Hintergründe, um was geht es?**

Der originale Wiener Zucker ist national und international bekannt und wird für seine hohe Qualität geschätzt. Die Grundlage für diese Qualität wird dabei auf den niederösterreichischen Feldern geschaffen. Schließt die Zuckerfabrik in

Leopoldsdorf kommt es ebenso zu einem Verlust an regionaler Wertschöpfung. Es braucht einen nationalen Schulterschluss aller Beteiligten, damit die notwendigen Anbauflächen bereitgestellt werden können. Die österreichischen Rübenbauern wie die Betreiber benötigen in erster Linie klare und planbare Rahmenbedingungen, das heißt mit einem Wort Planungssicherheit. Nur so kann die Selbstversorgung mit heimischem Zucker ermöglicht und die über 200-jährige Erfolgsgeschichte einer unabhängigen Zuckerversorgung für die Zukunft gesichert werden.

**Warum soll die Selbstversorgung mit heimischen Lebensmitteln in die Verfassung?**

Unsere Gesetze regeln viele wichtige Bereiche, die das Funktionieren unseres Staats gewährleisten. Das Thema Selbstversorgung mit Lebensmitteln hat hier einfach noch nicht den Stellenwert, den es sich verdient hat. Das wollen wir ändern. Spätestens seit Corona ist jedem klar: Die heimischen Konsumentinnen und Konsumenten schätzen die harte Arbeit, die Jahr für Jahr und gerade in

wirtschaftlich schwierigen Zeiten von unseren Bäuerinnen und Bauern geleistet wird. Und wir können hier keine Kompromisse eingehen. Wir dürfen diese Lebensmittelversorgung weder auf Sand bauen, noch dafür verbrannte Erde hinterlassen. Ich bin mir sicher, dass die Österreicherinnen und Österreicher ihr Rindfleisch lieber vom heimischen Bauernhof beziehen, als von brandgerodeten Regenwaldflächen aus Übersee. Oder dass unsere Erdäpfel besser aus der Weinviertler Erde kommen sollten, statt aus ägyptischem Sand.

**Du sprichst die Kennzeichnung der Lebensmittelherkunft an, oder?**

Genau. Auch bei der Herkunftskennzeichnung werden weitere Schritte nötig sein. Vor allem, wenn der Bund für seine Einrichtungen, für Großküchen, Spitäler, Universitäten etc. einkauft, muss er hier als Vorreiter vorangehen und die Herkunft klar anzeigen. Denn auch die heimischen Konsumentinnen und Konsumenten haben mit ihrem verstärkten Griff zu regionalen Produkten in der Krise eines ganz klar bewiesen: Besser vom Bauernmarkt, als vom Weltmarkt!

**Es gibt ja auch in Österreich Lebensmittel, wo die Eigenversorgung zu wünschen übrig lässt und wo wir sehr abhängig sind. Wie siehst Du diese Entwicklung?**

Ja, zum Beispiel bei der Pute: Hier haben wir zwar die international höchsten Tierwohl-Standards, aber dafür kommt schon knapp die Hälfte des heimischen Bedarfs, also jedes zweite Kilo Putenfleisch, aus dem Ausland – weil Putenfleisch unter niedrigen Standards im Ausland eben billiger produziert werden kann. Gleichzeitig will die EU aber das Freihandelsabkommen



Mercosur abschließen, obwohl wir uns zum Beispiel mit über 100 Prozent selbst mit heimischem Rindfleisch versorgen können. So etwas darf es nicht spielen. Da bin ich froh, dass wir auch Rückendeckung von unserem Bundeskanzler Sebastian Kurz bekommen haben, der laut auch die Einführung von CO2-Zöllen auf weitgereiste Lebensmittel fordert.

*Wir sind bei Schweine- oder Rindfleisch in Österreich noch auf Eigenversorgungsniveau, Soja hingegen importieren wir massenhaft aus Übersee. Notwendigerweise?*

Hier ist ganz klar die Europäische Union am Zug. Wenn die EU einen „Green Deal“ ernsthaft anstrebt, dann muss eine europaweite Eiweißstrategie hier wesentlicher Teil davon sein. Dass Europa seinen Eiweißbedarf selbst decken kann, ist nicht nur eine Frage der Versorgungssicherheit im Krisenfall, sondern vielmehr auch eine Notwendigkeit beim Klimaschutz. Lieber gentechnikfreien Soja direkt vor der eigenen Haustüre wissen, als auf Rohstoffe aus Übersee angewiesen sein. In unserem kleinen Österreich tragen wir schon jetzt einen

maßgeblichen Teil an der europäischen Sojaproduktion bei.

*Du bist seit dreiviertel Jahr Bauernbunddirektor. Welche Schwerpunkte hast Du Dir gesetzt?*

Die Selbstversorgung ist ein zentrales Thema. Dafür müssen wir auch schauen, dass die jungen Betriebsnachfolger und aktiven Bäuerinnen und Bauern eine Perspektive haben. Sie müssen wieder mehr Einkommen zum Auskommen haben. Da bin ich froh, dass auf Bundesebene hier vor kurzem ein langfristig wirksames Maßnahmenpaket beschlossen wurde, das über 400 Millionen für Entlastungen und Investitionen bringt. Es ist auch wichtig, dass wir hinsichtlich der neuen Gemeinsamen EU-Agrarpolitik und deren Finanzierung vollste Rückendeckung unseres Bundeskanzlers genießen. Damit unsere Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft weiter hochqualitative Lebensmittel erzeugen können, brauchen sie wirksame Werkzeuge – beispielsweise beim Pflanzenschutz. Auch hier schließt sich wieder der Kreis zur Selbstversorgung, die das oberste Ziel in unserem Land sein muss.

## Dein zuverlässiger Partner beim Immobilienverkauf

Für eine Weiterempfehlung eines Immobilienverkaufes erhältst du eine Tippgeberprovision

**www.patria.immo**  
p.schlager@patria.immo  
0664 2212197

**Patria Real Estate GmbH**



# GERECHTIGKEIT? WOZU? UND: WIE?

Kapuzineraffen mögen Trauben mehr als Gurken. Das Experiment des Verhaltensforschers Frans de Waal („Moral behavior in animals“) kann wohl als populärwissenschaftliche Allgemeinbildung bezeichnet werden. Zwei Affen erledigen die gleiche Aufgabe. Affe 1 erhält eine Traube, Affe 2 eine offensichtlich weniger köstliche Gurke. Affe 2 rebelliert – nachdem er gesehen hat, dass sein Artgenosse bevorzugt wurde.

Die Forderung von Kapuzineraffe 2: Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit. Ja, das finden auch wir Menschen „gerecht“. Darüber hinaus ist „Gerechtigkeit“ jedoch ein Begriff, mit dem nach Belieben Schindluder getrieben wird, eine Art positiv konnotierte Card Blanche für Anliegen jeglicher Art.

Umgekehrt baut auf „ungerecht“ ein abenteuerliches Argumente-konstrukt auf, das (stark verkürzt) in der Postmoderne endet: Diskriminierung führt zu Ungleichheit, Ungleichheit ist ungerecht, der Kampf gegen Diskriminierung ist ein Kampf für mehr Gerechtigkeit. So stellt die Postmoderne die Dekonstruktion systematischer Ungerechtigkeiten in den Dienst der Emanzipation von benachteiligten Gruppen. In der Vollendung stehen wir einem völlig umgedeuteten Gerechtigkeitsverständnis gegenüber: für die gerechte Behandlung einer Person ist nicht das, was sie LEISTET

relevant, sondern die Gruppe, derer sie aufgrund selektiver Merkmale zugeordnet wird. Stichwort Quoten.

Soweit, so bekannt. Für aktive Politiker stellt sich die praktische Frage: wie damit umgehen? Konkret: Der Verlust der sprachlichen Deutungshoheit hat auch eines der Fundamente bürgerlicher (aka nicht-Linker) Politik untergraben, nämlich jenes der Leistungsgerechtigkeit – an dem von Steuern und Abgaben über Sozialpolitik bis zur Notenvergabe in Schulen vieles hängt.

Der springende Punkt ist der Verlust der sprachlichen wie ideologischen Deutungshoheit – nicht nur beim Thema Gerechtigkeit, sondern bei so ziemlich allen gesellschaftspolitischen Fragen. Soll heißen: ist das weltanschauliche Fundament ein anderes, so können die Schlüsse, die auf unserem Fundament basieren, unmöglich verstanden werden. Wer mit der Erfahrung aufwächst, dass schlechte schulische Leistung nicht automatisch zu schlechten Noten führt, wird mit der hochtrabenden Forderung nach „Leistungsgerechtigkeit“ nichts anfangen können. Wem eingetrichtert wird, ein Recht auf staatliche Rundumversorgung zu haben, wird Gerechtigkeit automatisch mit Anspruchsdenken verbinden.

Die Lösung liegt in der Zurückgewinnung der sprachlichen wie

ideologischen Deutungshoheit, also die Beherrschung des Diskurses auf der Metaebene. Dies ist weniger schnell sichtbar als neue Zebrastreifen, Steuersenkungen oder Tourismuszonen. Aber prägt die zukünftigen Generationen unseres Landes.



**MAG.  
CAROLINE  
HUNGERLÄNDER**

*ist seit 2017 Mitglied des Landtages und Gemeinderates der Bundeshauptstadt Wien. Zuvor war sie 2011 bis 2015 Bundesjugendvorsitzende der Fraktion Christlicher Gewerkschafter (FCG). Von 2009 bis 2012 fungierte sie als Bezirksvorsitzende der Jungen Volkspartei (JVP) in Wien-Wieden. Hungerländer studierte Germanistik und Skandinavistik an der Universität Wien und absolvierte die Diplomatische Akademie. Sie ist Mitglied des Bundesvorstandes der Paneuropajugend Österreich.*

# KLIMAGERECHTIGKEIT: DIE INDUSTRIE IST TEIL DER LÖSUNG

Der Kampf gegen den Klimawandel zählt zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Mit Innovation und Technologie leisten heimische Betriebe einen entscheidenden Beitrag, um im Sinne der Generationengerechtigkeit eine Welt zu hinterlassen, die sowohl sauber als auch wirtschaftlich stabil ist.

Beinahe zwei von drei Österreicherinnen und Österreicher sehen den Klimawandel als größte weltweite Herausforderung. Das zeigt eine Eurobarometer-Umfrage, die übrigens nicht 2020 erhoben wurde – sondern bereits vor zehn Jahren. Der Klimaschutz beschäftigt die Menschen hierzulande intensiv, aber natürlich auch Unternehmen und die Politik, seit vielen Jahren. Neben der Bewältigung der COVID-19-Folgen zählt eine zukunftsorientierte Klimapolitik zweifelsohne zu den größten Herausforderungen unserer Zeit.

Dementsprechend hat sich die EU die weltweit strengsten Treibhausgas-Reduktionsziele verordnet und bekennt sich zum UN-Klimaabkommen von Paris. Die österreichischen Klimaziele zählen zu den ehrgeizigsten. Unterstützt wird das von breiten Teilen der Gesellschaft – und der Industrie. Umso bitterer ist daher etwa die Vertragskündigung durch einen der größten Klimasünder der Welt, die USA. Pro Kopf und Jahr stoßen

US-Amerikaner 15,6 Tonnen CO<sub>2</sub> aus und damit mehr als doppelt so viel wie EU-Bürger (6,8 Tonnen). Auch China (7,5 Tonnen) hat die EU, die mittlerweile nur noch für rund 10 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen steht, bei den Pro-Kopf-Emissionen bereits überholt.

Der fortschreitende Klimawandel macht eine letztendliche Dekarbonisierung des globalen Energiesystems unumgänglich, darüber herrscht unter Expertinnen und Experten Einigkeit. Für Europa wird die Klimaneutralität in etwa für die Mitte des Jahrhunderts gesellschaftlich und politisch ins Auge gefasst, in Österreich bereits früher. Klar ist, dass diese Transformation mit massiven Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft verbunden ist. Ebenso unstrittig ist, dass der Industrie als einem der relevanten Sektoren im Energiesystem mit einem Anteil von rund 30 Prozent des Endenergieverbrauchs eine gestaltende Schlüsselrolle in der Energiewende zukommt.

In der öffentlichen Diskussion, die oftmals von Emotion und Aktionismus geprägt ist, werden Umweltschutz und Wirtschaft als Widerspruch dargestellt. Dabei ist gerade Österreich exzellentes Beispiel, dass die Industrie Teil der Lösung für einen wirksamen Klimaschutz ist. Vielmehr muss es in den nächsten Monaten, Jahren und Jahrzehnten gelingen, Wachstum, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit miteinander zu kombinieren. Ein industriefreundliches Klima als Basis für heimische umweltfreundliche Produktion und ökologische Innovationen ist der Schlüssel für die Klimaneutralität der Zukunft.

Schließlich geht es um viel: Österreich zählt heute zu den modernsten Industrienationen der Welt. Die Industrie und die mit ihr verbundenen Sektoren bilden die Basis für wirtschaftlichen Erfolg, allgemeinen Wohlstand und hohe Lebensqualität im Land. Der produzierende Bereich erwirtschaftet mehr als 22 Prozent der gesamten Wertschöpfung in Österreich und

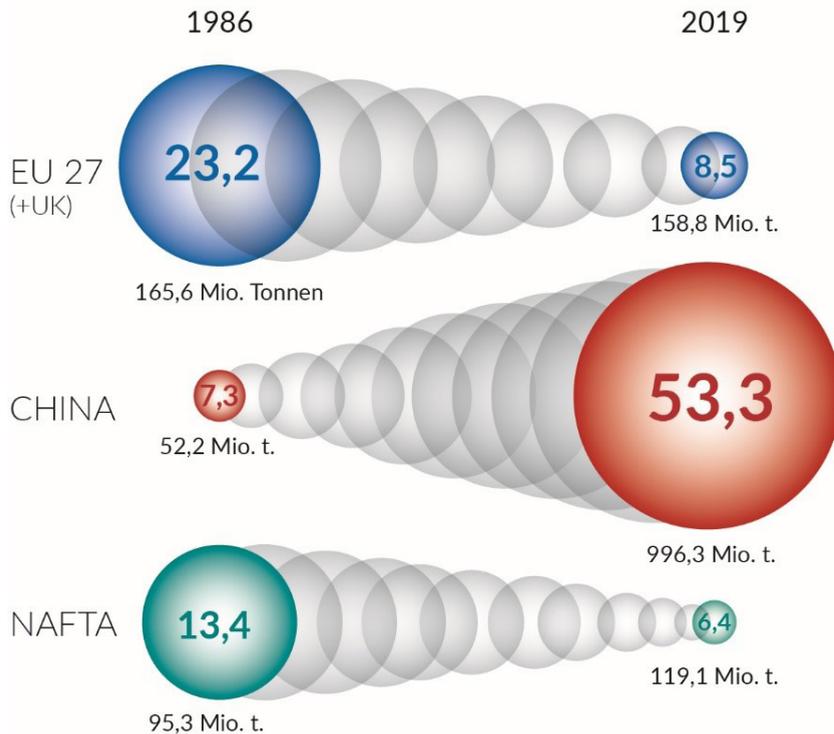
i

## INDUSTRIELLENVEREINIGUNG

Die Industriellenvereinigung (IV) ist die freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie und der mit ihr verbundenen Sektoren. Derzeit vertritt die IV die Anliegen ihrer aktuell mehr als 4.500 Mitglieder aus produzierendem Bereich, Kreditwirtschaft, Infrastruktur und industrienaher Dienstleistung in den Bundesländern, auf Bundesebene und in Europa.

# Anteile an weltweiter Rohstahlerzeugung

Angaben in Prozent



Quelle: worldsteel/IV-FP&R/Wipol/Oliver 2019

sichert damit rund 990.000 Arbeitsplätze, also rund jeden vierten Job. Werden noch sämtliche produktions- und industrienahen Dienstleistungen berücksichtigt, so sichert die Industrie direkt und indirekt rund 2,5 Mio. Beschäftigungsverhältnisse im Land.

Neben ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung war und ist die rot-weiß-rote ökologischer Vorreiter: Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass Österreichs Industriebetriebe bei Innovation und Klimaschutz zu den Weltbesten zählen. Mit ihren Produkten sind sie auf dem Weltmarkt sehr erfolgreich in den Bereichen Mobilität (effiziente Antriebstechnologien, Elektromobilität, Schienenfahrzeuge), Anlagenbau für erneuerbare Energieträger (insbesondere Wasserkraft und Windkraft), innovatives Bauen („Smart Buildings“, „Heizen und Kühlen mit Beton“, Holzbau) und Umwelttechnologie (Recycling,

Abwasser- und Kreislaufwirtschaft). Kaum wo werden CO<sub>2</sub>-intensive Produkte, wie Zement, Stahl oder Papier, klimaschonender produziert als in Österreich.

So hat die heimische Stahlindustrie ihre prozessbedingten Emissionen stetig gesenkt. Dadurch ist es gelungen, die Stahlproduktion von den Treibhausgasemissionen zu entkoppeln. Pro Tonne produziertem Rohstahl wurden die Emissionen seit 1990 um 23 Prozent gesenkt. Umso wichtiger ist es für Klima UND Arbeitsplätze, dass die Produktion in Österreich oder Europa gehalten werden kann, denn die Verlagerung in andere Regionen, wo Waren mit deutlich höheren Schadstoffausstoß hergestellt werden, schaden dem weltweiten Klima.

Zu denken geben sollte uns daher die aktuelle Entwicklung: 1990 produzierten die Länder der heutigen EU-27

mit dem Vereinigten Königreich rund ein Viertel des weltweiten Rohstahls, Chinas Anteil belief sich auf 7 Prozent. 30 Jahre später ist der europäische Anteil auf unter 10 Prozent gesunken. Mehr als die Hälfte des Rohstahls wird heute in China erzeugt. (s. Grafik)

Der Klimawandel muss bekämpft werden. Überzogene Klimaziele und höhere Energiesteuern für Unternehmen führen aber in die Sackgasse, wenn sie Produktion in Regionen vertreiben, wo Umweltschutz nicht so ernst genommen wird. Für eine klimaneutrale Energiezukunft sind Innovation und Technologie der Schlüssel. Österreich kann hier einen weltweit wirksamen Beitrag für Klimaschutz und Nachhaltigkeit leisten – und gleichzeitig den hohen Lebensstandard, Arbeitsplätze und Wohlstand im Land stärken. Die heimische Industrie ist hierbei bereits jetzt aktiver Teil der Lösung. Gleichzeitig muss europäische Klimapolitik zu einem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg Europas werden, der international wahrgenommen wird. Die EU muss somit dafür sorgen, dass andere globale Akteure mitziehen. Das wäre tatsächlich gerecht.



**MAG. PETER KOREN (MEG)**

*(Jahrgang 1969) ist Vize-Generalsekretär die Industriellenvereinigung (IV). Zuvor war er nach einem Traineeship in der Generaldirektion Landwirtschaft der Europäischen Kommission unter anderem im Landwirtschafts- und Umweltministerium sowie bei der Verbund AG tätig.*

# DIE ÖFFENTLICHKEIT DES RAUMES

Eine – wenngleich auch nicht offensichtliche – Frage der Gerechtigkeit ist jene, was der öffentliche Raum ist und wem seine Nutzung auf gerechte Art und Weise zusteht.

Für eine der zahlreichen Definitionen dessen, wie man den öffentlichen Raum beschreiben kann, wird diesfalls auf eine nicht unbekannt im Internet abrufbare Enzyklopädie verwiesen:

„Als öffentlicher Raum (auch öffentlicher Bereich) wird jene räumliche Konstellation bezeichnet, die aus einer öffentlichen Verkehrs- oder Grünfläche und den angrenzenden privaten oder öffentlichen Gebäuden gebildet wird. Das Zusammenwirken dieser Elemente bestimmt den Charakter und die Qualität des öffentlichen Raumes. Voraussetzung ist, dass die Fläche einer Gemeinde oder einer Körperschaft des

öffentlichen Rechts gehört und der Öffentlichkeit frei zugänglich ist, von der Gemeinde bewirtschaftet und unterhalten wird. Im Allgemeinen fallen öffentliche Verkehrsflächen für Fußgänger, Fahrrad- und Kraftfahrzeugverkehr, aber auch Parkanlagen und Platzanlagen darunter.“

In diesem Beitrag geht es aber weniger um die physische Ausdehnung des Raumes als vielmehr um die damit verbundenen Konsequenzen.

Recht einfach erscheint die Frage nach gerechter Nutzung und deren Reglementierung etwa hinsichtlich öffentlicher Verkehrsflächen. Jedermann darf diese nutzen, sofern er sich an gewisse Regeln hält. So ist es in unseren Breitengraden wohl nicht in Frage zu stellen, dass man als Fußgänger glücklich über das Trottoir torkeln darf, an roten Ampeln aber einzuhalten hat. Auch ist das Lenken eines Kraftfahrzeuges auf der öffentlichen Straße jedermann möglich, der die entsprechenden Berechtigungen hat. Das Verhältnis zwischen beiden Verkehrsteilnehmern wiederum ist klar legislativ geregelt.

Soweit, so gut: Der Fußgänger nutzt den Gehsteig, der Automobilist die Fahrbahn. Nur: Ist es gerecht, vier Fahrstreifen

nebeneinander zur Verfügung zu stellen, aber lediglich einen schmalen Fußweg? Ist es gerecht, dem Radfahrer die Breite einer Startrampe einzurichten, währenddessen der Mann hinter dem Volant sich auf einer Fahrspur dahinstauen muss?

Für die jeweilige Bevölkerungsgruppe wird wohl die maximale Ausdehnung der von ihr selbst zu benutzende Räumlichkeit als gerecht empfunden. Man sieht an diesem völlig banalen Beispiel bereits, dass Gerechtigkeitsempfinden immer eine höchst subjektive Angelegenheit ist bzw sein kann, welches noch dazu einem stetigen emotionalen wie faktischen Wandel unterworfen ist.

Nun ist die Qualifikation einer Straße als öffentlicher Raum relativ problemlos möglich, seine Nutzung recht klar abgezirkelt. Viel schwieriger wird es bei nicht so klar fasslichen Angelegenheiten:

Eines der wichtigsten uns schützenden Grundrechte ist jenes auf freie Meinungsäußerung. Diese wird aber – sofern man nicht zu Selbstgesprächen neigt – auf die ein oder andere Art öffentlich praktiziert, namentlich durch die frei verfügbare Luft, geht man von freier Rede aus. Seit einigen Jahren aber muss man mit Besorgnis beobachten, wie eben jene



**MAG.  
ALEXANDER  
F. S. PUTZENDOPLER  
(ASG)**

*ist selbständiger Rechtsanwalt in  
Wien und Kartellrechtspfleger  
des MKV. Neben seinen  
Schwerpunkten des Vereins-,  
Immaterialgüter- und  
Wohnrechts ist er Autor  
zahlreicher Artikel und  
Beiträge zu einer liberalen  
Sicht auf die Gesellschaft.*

[www.putzendopler.at](http://www.putzendopler.at)

Freiheit der Meinungsäußerung immer weiter eingeschränkt wird.

Nun mag es dem Eigentümer eines Wochenblattes unbenommen sein, ihm missliebige Leitartikel und Kommentatoren in seinem ihm eigenen Blatt nicht zu Wort kommen zu lassen. Wie aber ist es zu bewerten, wenn selbiges in der ehrwürdigen „Wiener Zeitung“, bekanntlich im Eigentum der Republik Österreich, passieren mag? Es soll gar nicht auf die zivilrechtlich klare Situation eingegangen

werden, sondern vielmehr auf den dahinter stehenden Gedanken: Das lediglich der öffentlichen Hand gehörende Medium und dessen Inhalt wird von einem diffusen Stimmungsbild geleitet, von umfassender Nutzung des öffentlichen Raumes – hier aus Zellulose – kann dann wohl nicht mehr die Rede sein. Ist das gerecht?

Abschließend ein drastisches Beispiel: Mir steht es zu, die (sehr öffentliche) Atemluft zu Labe und Erbauung zu nutzen. Meinem

Nachbarn steht es zu, in eben dieser Luft zu stinken. Beide empfinden die Unbill des jeweils anderen als ungerecht. Und nun? Es lässt sich nur folgern, dass Gerechtigkeit der Nutzung des öffentlichen Raumes ein feinverwobener gordischer Knoten aus Titan ist, welchen nicht der weiseste aller Männer zu durchschlagen imstande ist.



**„FÜR DICH,  
FÜR ALLE,  
FÜR ÖSTERREICH!“**

Unsere Bauern ernten nicht nur genug Lebensmittel für ganz Österreich, sondern auch einmal ein Dankeschön. Weil sie sich jeden Tag darum kümmern, dass wir daheim die einzigartige Qualität und den unverkennbaren Geschmack der Heimat genießen können. Darauf dürfen sie stolz sein. Denn ihre Arbeit hat einen ganz besonderen Wert für unser Land.

**DEINE  BAUERN**  
DEINEBAUERN.AT

Impressum: MO-Bauernbund, Foto: K. G. 100 St. Hohen

# „GERECHTIGKEIT, GERECHTIGKEIT - IHR SOLLST DU NACHJAGEN ...“

Wer mit Kindern zu tun hat, wird die Erfahrung kennen, dass „Gerechtigkeit“ – oder noch vielmehr die scheinbare oder tatsächliche Erfahrung von „Ungerechtigkeit“ – im Zusammenleben einen enorm hohen Stellenwert haben. Wenn etwas als „unfair“ (oder gar als „ur-unfair“) wahrgenommen wird, dann steht die gesamte Grundlage des Gemeinwesens, ob im Spiel oder Ernst, auf dem Spiel. Und die Bekämpfung der Erfahrung von Ungerechtigkeit steht am Beginn vieler politischer Laufbahnen vom Klassensprecher bis zum Freiheitskämpfer.



**DR.  
GREGOR  
JANSEN  
(SOP)**

*wurde 2002 von Kardinal Schönborn (FRW) im Wiener Stephansdom zum Priester geweiht. 2013 wechselte der „Wiener mit rheinischem Migrationshintergrund“ (Zitat Jansen) nach fast zehnjährigem Engagement als Jugendseelsorger für das Vikariat Stadt und die Jugendkirche Wien in die Pfarrpastoral. Seit 2009 ist der neue Dechant bereits Seelsorger des MKV und damit eine der prägenden Säulen unseres Verbandes.*

So ist es nicht verwunderlich, dass die Wahrung der Gerechtigkeit auch in der Bibel eine wesentliche Rolle spielt. Sie ist der Garant dafür, die im Exodus erfahrene Befreiung nicht wieder aufs Spiel zu setzen. Im 16. Kapitel des Buches Deuteronomium wird diese Haltung, der Gerechtigkeit „nachzujagen“, von den Richtern erwartet, die zur Leitung der israelitischen Stämme im gelobten Land eingesetzt werden. Ihre Aufgabe wird zuvor definiert: „Sie sollen dem Volk Recht sprechen und gerechte Urteile fällen. Du sollst das Recht nicht beugen. Du sollst kein Ansehen der Person kennen. Du sollst keine Bestechung annehmen; denn Bestechung macht Weise blind und verdreht die Fälle derer, die im Recht sind.“ (Dtn 16,18b f.) – bis heute aktuelle Maßstäbe für ein funktionierendes Rechtssystem.

Unabhängig davon, wie sehr die als Stammesführer wirkenden Richter diesem hohen Anspruch gerecht wurden, erscheint bemerkenswert, dass am Beginn der Landnahme nicht eine dynastische Gründungslegende steht, sondern der Ruf nach Gerechtigkeit. Sie soll Garant für den Erfolg der Staatswerdung sein: „... damit du Leben hast und das Land in Besitz nehmen kannst, das der HERR, dein Gott, dir gibt.“ (Dtn 16,20).

Dabei ist „Gerechtigkeit“ vor allem ein Wesenszug Gottes. JHWH ist gerecht – und damit auch ein Gegenbild zu den vielen heidnischen Gottheiten der Umgebung Israels, die oft als rachsüchtig, gewalttätig und willkürlich in Erscheinung treten. Im Gegensatz zu diesen Götzen betonen die biblischen Schriften immer wieder die Gerechtigkeit Gottes, etwa im Lied des Mose: „Ich will den Namen des HERRN verkünden. Preist die Größe unseres Gottes! Er heißt: Der Fels. Vollkommen ist, was er tut; denn alle seine Wege sind recht. Er ist ein unbeirrbar treuer Gott, er ist gerecht und gerade.“ (Dtn 32,3 f.) Wenn hingegen Menschen als „gerecht“ bezeichnet werden, dann deswegen, weil sie den Geboten und Vorschriften JHWHs gemäß leben. Dabei bedeutet „gerecht leben“ mehr als nur die Beachtung der Gesetze. Vielmehr wird Gerechtigkeit als Beziehungsgeschehen aufgefasst. Der hebräische Begriff zedaqa bezeichnet ein Tun, das in Unordnung Geratenes und somit Falsches wieder richtig stellt, also in diesem Sinne Gerechtigkeit bewirkt. Kriterium dafür, was falsch und richtig ist, ist im biblischen Kontext die Frage, ob es der Gemeinschaft dient oder ihr schadet. Maßstab ist also weniger das gesetzte Recht, sondern die soziale Beziehung zu den betroffenen Menschen. Gerechtigkeit erweist sich in dem Tun, das in Treue zur Gemeinschaft geschieht und ihr

förderlich ist. Diese besteht zunächst im Hinblick auf die eigenen Landsleute bzw. Stammesangehörigen, bezieht aber auch die Fremden mit ein: „Du sollst keine Nachlese von deiner Ernte halten. [...] Du sollst sie dem Armen und dem Fremden überlassen. [...] Du sollst deinen Nächsten nicht ausbeuten und ihn nicht um das Seine bringen. Der Lohn des Tagelöhners soll nicht über Nacht bis zum Morgen bei dir bleiben. [...] Ihr sollt beim Rechtsentscheid kein Unrecht begehen. Du sollst weder für einen Geringen noch für einen Großen Partei nehmen; gerecht sollst du deinen Mitbürger richten. [...] Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Ich bin der HERR.“ (Lev 19,9-18)

Diese biblischen Grundlinien setzen sich in der Lehre und dem Handeln Jesu Christi fort. Wenn er von seinen Jüngern eine „größere Gerechtigkeit“ verlangt, die über das reine Befolgen der Vorschriften hinaus geht, dann zeigt

sich diese im Tun des Gerechten vorzugsweise gegenüber denjenigen, die dessen am notwendigsten bedürfen. In der Rede vom Weltgericht Mt 25,31-46 ist dieses Handeln das einzige Kriterium, das über Gelingen oder Misslingen des ganzen Lebens entscheidet: „Gerecht“ sind die, die sich den Bedürftigen gegenüber richtig verhalten. Für die anderen gilt das Gerichtswort: „Was ihr für einen dieser Geringsten nicht getan habt, das habt ihr auch mir nicht getan. Und diese werden weggehen zur ewigen Strafe, die Gerechten aber zum ewigen Leben.“

Die von Jesus in der Bergpredigt geforderte „größere Gerechtigkeit“ bedeutet auch, im Einzelfall auf das mir zustehende Recht zu verzichten, etwa wenn Jesus verlangt, dem an mir schuldig Gewordenen „bis zu siebenmal siebenmal“ zu vergeben (Mt 18,22) oder selbst dem Feind nicht nur zu vergeben, sondern ihn zu lieben und ihm Gutes zu tun (Lk 6,27

par). Dass dieses Ideal der Gerechtigkeit von uns kaum je erreicht wird, macht es trotzdem nicht obsolet. Schließlich ist es ein Ziel, dem wir „nachjagen“ sollen.

*Tipps zum Weiterlesen:*

*Schockenhoff, Eberhard: Grundlegung der Ethik. Ein theologischer Entwurf (Freiburg/Basel/Wien: Herder 2007)*

*Konrad Adenauer-Stiftung: Was ist gerecht? Biblische Impulse zur politischen Diskussion (Sankt Augustin/Berlin 2009), abrufbar über: [www.kas.de](http://www.kas.de)*

*Norbert Mette (2016): <https://www.bibelwissenschaft.de/wirelex/das-wissenschaftlich-religionspaedagogische-lexikon/wirelex/sachwort/anzeigen/details/gerechtigkeit-2/ch/2723baed4aae179073b3201aca7a9577/>*

# COULEUR

04/2020

IM WINTER  
IN DEINEM  
BRIEFKASTEN!



SONDERTHEMA:  
**ZUSAMMENLEBEN**



DEINE VERBINDUNG ZUM COULEUR: [couleur@mkv.at](mailto:couleur@mkv.at) / [inserate@mkv.at](mailto:inserate@mkv.at)

# ICH WILL EIN OPFER SEIN!

Wir sind in einer Opfergesellschaft angekommen. Was hat das für Konsequenzen, wohin führt es uns?

Geht man mit offenen Augen durch Städte des Westens und betrachtet die vielen um die Jahrhundertwende vom 19. auf das 20. Jahrhundert geschaffenen Denkmäler, so werden diese größtenteils Personen darstellen, die im militärischen, künstlerischen, technischen oder sonst einem durch ihre Geisteskraft inspirierten Bereich Großes leisteten und Vorbildfunktion hatten. Die Gesellschaft orientierte sich an ihren Starken, an Leistungsträgern. Es kam zu einem Paradigmenwechsel, einem „turn“. Schwäche oder Unterdrückung stehen heute im Fokus der Betrachtung und haben Starke und Leistungsträger längst abgelöst. Hatte man früher zu wenig Solidarität mit den Schwachen, gelten die Starken heute nichts mehr.

Um die Wende zum 20. Jahrhundert waren es Werte wie Ehre, Treue, Härte, Patriotismus oder Liebe, denen die Gesellschaft nacheiferte, sie durchflossen sämtliche Ebenen des gesellschaftlichen Miteinanders. Für das Große und Ganze war man bereit, persönlichen Verzicht zu üben, das gegebene Wort einzuhalten war eine Frage der Ehre. Als Vorbild fungierte, wer es „weit brachte“, jene also, die aufgrund ihrer Ideen, Taten,

Erfindungen, Kompositionen, etc. Vorbildfunktionen einnahmen. Die Gesellschaft orientierte sich am Starken, das Ziel war es, in den unterschiedlichen Kategorien dem „Volke stets voran“ zu gehen.

**„DAS BÖSE GESCHIEHT VON LEICHTER HAND UND UNBEMERKT, UND ERST VIEL SPÄTER IST DER MENSCH ENTSETZT UND VERWUNDERT ÜBER DAS, WAS ER GETAN HAT.“ (LEO TOLSTOI)**

Ein Wesensmerkmal der Nationalsozialistischen Schreckensherrschaft war, diese berechtigten und gesellschaftlich legitimen Wertbegriffe zu okkupieren und sie inhaltlich zu pervertieren. Ehre beutete plötzlich, dass der Eid auf einen „Führer“ und Befehle durch von ihm ermächtigten Personen absolut und unbedingt zu exekutieren seien, auch den damit sämtliche moralische und ethischen Überzeugungen gebrochen werden würden, Treue wurde, an etwas festzuhalten, selbst wenn es seine böse Fratze gezeigt hatte, Härte bedeutete, jede Entbehrung für einen vermeintlichen Endsieg zu akzeptieren, und

schließlich wurde die Liebe an eine Person, eine Rasse und eine Partei gekoppelt, die ihrerseits absolut für das Vaterland standen. Diese Perversion führte schließlich zu jenem moralischen Kollaps, jener fürchterlichen Situation mit ihren unglaublichen Verbrechen, derer sich die Welt nach Niederringung des Dritten Reiches konfrontiert sah.

Bereits die Generation, die den II. Weltkrieg überlebte, viel mehr aber jene, die das Privileg hatte, nachgeboren zu sein, begann langsam, sich der Opfer des Dritten Reichs anzunehmen und diese stärker ins Zentrum zu rücken. Diese Opfer waren Menschen, die etwa auf Grund ihrer politischen Einstellung, Religion, sexueller Orientierung, Ethnie oder Behinderung verfolgt worden waren. Diese Zuwendung war wichtig und richtig, zumal die Gräueltaten durch das eigene Volk schier unglaublich waren.

In der Folge erweiterte sich der Fokus auf andere aktuell von der Gesellschaft unterdrückte Personen. Dies konnten Minderheiten sein oder Menschen, die aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses, ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechts diskriminiert

i

## MODERN SOCIETY

„Modern Society – Verein zur Förderung der politischen Bildung und Forschung im urbanen Raum“ ist eine Organisation, die sich mit der Beantwortung neuer gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Antworten befasst. Zu ihren Aufgabengebieten zählt die Publikation von wissenschaftlichen Büchern sowie historisch-kritischen Werken. Seit 2018 widmet sich der Verein der Förderung von Masterarbeiten und Dissertationen in den Bereichen Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Publizistik, Politikwissenschaft und Geschichte. Interessierte können unter [www.modernsociety.at](http://www.modernsociety.at) alle ausgeschriebenen Themen einsehen.

wurden. Das meiste wurde in den 75 Jahren des Bestehens der II. Republik schon angegangen. Zentral aber war, dass Generationen lernten: Wenn man ein Opfer ist, bekommt man Aufmerksamkeit – sowohl in finanzieller als auch moralischer Natur – sowie Einfluss und Anerkennung.

## **DIE OPFERGESELLSCHAFT - ORIENTIERUNG AM SCHWACHEN STATT AM STARKEN**

Es dürfen keine Zweifel aufkommen: Auch heute gibt es in manchen Bereichen gesellschaftliche Unterdrückung und Ungerechtigkeiten, denen entgegen gewirkt werden muss. Man muss jedoch zwischen „vermeintlichen“ und „wirklichen“ Opfern unterscheiden.

Ich möchte das mit einem Erlebnis illustrieren, das deutlich zeigt, wie krampfhaft sich manche als Opfer deklarieren wollen. Auch wenn es heute noch tatsächliche Opfer von Unterdrückung aufgrund sexueller Orientierung gibt, so trifft das nicht auf alle zu, die sich als solche deklarieren.

Ein Mitglied unserer Pfarrjugend war in Wien geboren worden, seine Mutter war burgenländische Kroatin. Sein Vater war Wiener, höherer Beamter und er wuchs mit seiner Familie in einem BUWOG-Haus auf. Im Alter von etwa zehn Jahren kreuzten sich unsere Wege, etwa bis zu unserem 21. Lebensjahr hatten wir intensiveren Kontakt. Zwei Mal pro Woche trafen wir uns als Gruppe – der auch einige seiner Klassenkameraden angehörten – in der Pfarre, oft grillten wir, oder machten, als wir älter wurden, gemeinsame Wochenendausflüge. Als jener Freund sich schließlich als homosexuell outete, überraschte es niemanden in unserem Freundeskreis. Es war für uns ohnehin schon vorher klar gewesen und störte niemanden. Er war Teil der Gruppe und einer von

uns. Als er zu studieren begann, engagierte er sich in der Hochschulpolitik und wir begannen, uns auseinanderzuleben. Das letzte, das ich mitbekam war, dass er begann, Kroatisch zu lernen.

Jahre später stolperte ich im Internet über ihn. Er war inzwischen in der Kommunalpolitik tätig. Auf seiner Website erfuhr ich tatsächlich, dass er als burgenländischer Kroat von Kindheit an und als homosexueller Mann ab seiner Pubertät Anfeindungen und Unterdrückung unterlegen sei.

Meine Erfahrungen mit ihm zeigten das Gegenteil. Nun stellt sich die Frage, warum ausgerechnet er, der glücklicherweise eine unbeschadete Teenagerzeit hatte und keinesfalls so diskriminiert worden war, wie er behauptet, sich selbst als Opfer stilisieren möchte?

## **OPFER SEIN ALS MAINSTREAM - OPFER SEIN ALS WAFFE ZUM EIGENEN VORTEIL**

Dies führt zum eingangs Dargelegten zurück. Mag die Gesellschaft sich früher am Starken orientiert haben und dabei den Schwachen komplett ignoriert und sich selbst überlassen zu haben, so orientiert sie sich heute am Schwachen und am Unterdrückten. So paradox es klingen mag, aber es ist heute **Mainstream**, zu einer unterdrückten Minderheit zu gehören. Ist man einmal Opfer, so bekommt man (und hofft auf) gesellschaftliche, vielleicht auch moralische und finanzielle Aufmerksamkeit und unter Umständen auch gewisse Privilegien. Im Falle meines Freundes aus Jugendzeit unterstelle ich, dass er dadurch sein Standing in seiner Partei erhöhen konnte. Hier wird die Opferrolle hinterlistig instrumentalisiert und gezielt als Waffe zum eigenen Vorteil eingesetzt.

Das ist ein Affront gegenüber den wirklichen Opfern.

Zwar mag dieses egoistische Verhalten als Totschlagargument subjektiv durchaus verständlich sein, doch gehen damit wesentliche Probleme einher: Zum einen ist es fraglich, ob die ausschließliche Fokussierung einer Gesellschaft auf die Schwachen der Gesellschaft diese weiterbringt oder ob der Fokus auf die Starken gelegt werden sollte und dabei die Schwachen nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Zum anderen sollten wir uns auf jene konzentrieren, die tatsächlich Opfer von Unterdrückung und Gewalt sind. Wenn jeder Opfer sein will, gehen jene unter, die tatsächlich Opfer sind und es verdienen, in den Fokus gestellt zu werden.

Wir sollten uns gerade im Sinne der Gerechtigkeit weg von dieser Opfergesellschaft wieder hin zur Leistungsgesellschaft entwickeln, die ihren Fokus auf starke Vorbilder legt, ohne den Schwachen und die tatsächlichen Opfer zu vergessen oder zu übergehen. Orientieren wir uns als Gemeinschaft am Starken, so können wir sie zu neuer Stärke weiterentwickeln. Dann sind wir als Gemeinschaft auch wieder zu Höchstleistungen im Stande.



**MAG.  
MARKUS  
KROIHER, MA  
(GLW)**

*Markus Kroiher hat einen Magister in Betriebswirtschaft und einen Master Gender Studies. Von 2002 bis 2008 war er Landesobmann der Jungen Volkspartei Wien. Heute arbeitet er beim Bundesministerium für Finanzen. Seit Sommer 2017 ist er Präsident der Modern Society.*

# ÜBER ZIVILCOURAGE

Wofür wir einstehen, wann wir aufstehen, wo wir dazustehen  
– ein Plädoyer, das auf Streit aus ist!

## FRÜHLING 2020

Neben Corona bleiben viele historische Ereignisse der jüngeren Geschichte nicht unbeachtet: Dem Ende des 2. Weltkriegs ging die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen und seiner über 40 Außenlager wie Gusen, Ebensee oder Melk voraus. Die beiden grossen katholischen Verbände MKV und ÖCV geben dazu eine Broschüre heraus, in der Biographien einzelner Kartellbrüder im Widerstand bzw. unter Verfolgung veröffentlicht werden.

Der Kartellsenior leitet ein: „... Gerade in prekären Situationen und unsicheren Zeiten gilt es, unsere Prinzipien zu bewahren und zu verteidigen. Das ist es, was uns katholische Couleurstudenten ausmacht: Hinsehen, Aufstehen und Courage zeigen, gerade wenn viele andere aus Angst, Unsicherheit oder einfach aus Bequemlichkeit wegschauen. ... „Niemals wieder“ muss unser Credo sein!“ Worte, die man nicht deutlicher unterstreichen könnte, Worte, die einen nach jeder Stiftungsfestrede mit stolzeschweller Brust zurücklassen, Worte, die man so aber auch schon Jahre und Jahrzehnten immer wieder gehört hat.

„Selbstverständlich“, denken wir uns: Niemals wieder darf das geschehen! Aber hallo, denken wir uns: Gerade die Einfachheit unserer vier Prinzipien macht es uns

im Zweifel leicht zu entscheiden, ob wir „hinsehen, aufstehen und Courage zeigen“. Auch wenn der Teufel im Detail sitzt...

## SZENENWECHSEL: GRAZ, SPÄTSOMMER 2020



In der Mittwochnacht, 19. August 2020, wird die Außenwand der Grazer Synagoge mit antisemitischen und pro-palästinensischen Slogans beschmiert. Zwei Tage später, Freitag 21. August., fliegen Betonstücke gegen die Fenster der Synagoge, eine Scheibe geht zu Bruch, mehrere Fenster wurden beschädigt. Samstag, 22. August., wird Elie Rosen, Präsident der Grazer jüdischen Gemeinde, vor der Synagoge mit einem Holzprügel attackiert. In letzter Sekunde kann er sich in sein Auto retten, der Angreifer schlägt mit dem Baseballschläger auf das Fahrzeug ein und ergreift dann die Flucht, alles wird von Überwachungskameras festgehalten. Tags darauf wird ein tatverdächtiger 31-jähriger Syrer festgenommen. Er gesteht diese sowie diverse weitere Straftaten und gibt abgrundtiefen

Hass auf Israel und die Juden als Motiv an.

Politik und Medien sind auf Tauchstation – bis auf Tristan Amerer, Grüner Bezirksvorsteher des 5. Grazer Stadtbezirks Gries. Samstag fordert er Polizei und Politik zu aktivem Schutz der jüdischen Gemeinde sowie zu einer Stellungnahme auf. Als er gegen Abend vom Angriff auf Elie Rosen erfährt, ruft er zur Mahnwache: „... Es reicht. Ich geh‘ nach dem Essen hin und steh‘ da heute Nacht. Wäre cool nicht alleine zu sein.“ Es ist Samstag, 22. August 2020, 21.04 Uhr: Schnell findet sich, trotz des nass-kalten Wetters, ein Grüppchen vor der Synagoge ein, das Bild der Mahnwache couragierter Grazer Bürger geht um die Welt.

Derselbe Samstag, 22.30 Uhr: Mich erreichen ein paar Tweets zur Mahnwache. Ich bin elektrisiert: Wäre nicht genau das der perfekte Moment zum „Hinsehen, Aufstehen und Courage zeigen“? Wie einfach könnte es sein, sich im Diskurs um Extremismus durch einfaches Dazustehen, im wahrsten Sinn des Wortes, zu positionieren und zur Deutungshoheit beizutragen? Für Mitbürger, die aufgrund ihrer Religion angegriffen werden, einzustehen?

23.36 Uhr: Mein Bruder Josef (AUR) beendet eine Probe seiner Kabarettgruppe. Anstatt nach Stattegg fährt er zurück in die Stadt

und schickt mir per Whatsapp seine Position. Er steht nun vor der Synagoge und sagt: «Inzwischen sind nur mehr wenige vor der Synagoge.» Er spricht mit Ammerer, die beiden eint in ihrer politischen Überzeugung wohl nur sehr wenig, und dennoch tweetet dieser kurz nach Mitternacht: «Die muslimische Jugend Österreich ist nun auch vertreten, auch jemand von der VP bzw. Couleurstudenten und die Linke Szene of course.» In den nächsten zwei Stunden tauchen Polizisten in Zivil auf, geben sich zu erkennen und lassen wissen, dass der Schutz nun gewährleistet sei, die Mahnwache endet um etwa zwei Uhr morgens.

Am Sonntag, 23. August, gibt es eine Vielzahl an Wortspenden der Empörung, des “Niemals wieder”, der Solidarität. Die internationale Öffentlichkeit blickt mit Entsetzen auf Graz. Am Nachmittag findet eine Demonstration statt, neben meinem Bruder soll sich ein weiterer MKVer daran beteiligt haben. Die Bundesregierung kündigt einen “nationalen Aktionsplan gegen Antisemitismus” mit 30 Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Forschung, Justiz und Sicherheit für den Herbst an.

## WAS BLEIBT?

Für katholische Couleurstudenten ist gelebte Zivilcourage ein Auftrag, den wir aus unseren Prinzipien klar und deutlich ableiten. Doch wenn wir bei einfachsten Situationen nichts tun, was sind diese Prinzipien wert? Wenn bereits das «Hinschauen» so viel an Erklärungsbedarf verursacht, dass für das „Aufstehen“ weder Zeit noch Kraft oder gar Mut bleibt.

Es wäre wohl noch nie so idiotensicher gewesen, sich von anderen

farbtragenden Vereinen mit klarer Kante abzugrenzen. *Hier* stehen die katholischen, christlichen Farbstudenten zum Schutz für die jüdische Gemeinde – *dort* jene, die auch 75 Jahre später deklarierten Antisemitismus pflegen.

## BILDUNG ZUR PRÄVENTION VON ANTISEMITISMUS

Ich reite ein letztes Mal auf unseren Prinzipien und frage mich, was genau wir eigentlich noch wissen über dieses dunkle Kapitel der europäischen Geschichte. Was sagen uns religiöse Begriffe, Feste und Bräuche heute noch? Es fehlt an Wissen – plakativ und live unter Beweis gestellt, wie Tristan Ammerer aus Gesprächen mit den Polizisten berichtet, die in diesen Tagen zum Schutz der Synagoge abgestellt waren: „... zwei Polizisten in Zivil ... Ich hab‘ mit denen ja geredet, die wurden erst kurz zuvor hinbeordert ... Die beiden wussten nicht mal, was Antisemitismus oder der Sabbat ist. Die jüdische Gemeinde hielten sie gar für eine Einwanderercommunity...“

Nicht, dass es an Angeboten fehlte: Etwa bietet die Plattform erinnern.at des Instituts für Holocaust Education des Bildungsministeriums (BMBWF) eine Vielzahl an historischem und methodisch-didaktisch aufbereitetem Wissen, sowie dessen Reflexion für die Gegenwart. Der Grazer Vorfall wurde bereits aufgearbeitet und kontextualisiert in Lernmaterialien, Empfehlungen und Hilfestellungen für den Unterricht: „Das Lernmaterial „Fluchtpunkte. Bewegte Lebensgeschichten zwischen Europa und Nahost“ thematisiert die Verflechtung der Geschichte Europas mit der des Nahen Osten. Anhand von sieben Lebensgeschichten werden

die Themen Antisemitismus, Rassismus, Flucht und Migration, Holocaust und Nahostkonflikt behandelt.“

Schließlich: Wie werden wir das nächste Mal herausfinden, ob unsere Zivilcourage gefragt ist – sind wir auf Social Media aktiv und folgen dort auch Accounts, die der eigenen Meinung und Haltung entgegenstehen, aber vielleicht gerade noch rechtzeitig Alarm schlagen? Auch das ist ein Aspekt lebenslangen Lernens, sich digitale Kommunikationskompetenz zu erwerben und einzusetzen. Nur Mut – manchmal reicht vielleicht ein Like, aber manchmal müssen wir zwingend „...Aufstehen und Courage zeigen, gerade, wenn viele andere aus Angst, Unsicherheit oder einfach aus Bequemlichkeit wegschauen.“



**MAG. CLEMENS MARIA SCHUSTER (LRG)**

*ist Digitalunternehmer in der Schweiz (aktuelles Start-up: politik.ch). Er berät zu Innovation und Transformationsprozessen und wirkt als Lektor für Campaigning, Fundraising, Kommunikation, Content Strategie (politisch, non-profit, for-profit). Studien der Klassischen Philologie, Philosophie u.a. an den Unis Graz, Heidelberg, Freiburg und Basel.*

## HANS WEIGEL UND DIE BRÜDER GRIMM



Die „mal“-Seuche nimmt bedrohliche Ausmaße an: „ruf doch mal an“, so hört man statt „ruf doch EINmal an“. Schon der seinerzeit gefürchtete scharfzüngige Kritiker Hans Weigel hat in einem Artikel „Der Luxus des EIN“, darauf hingewiesen und in seiner bekannten Art dafür plädiert sich den Luxus zu leisten „einmal“ statt nur „mal“ zu sagen und hat das natürlich entsprechend sprachlich begründet, leider – wie man täglich hören kann – nicht mit dem erhofften Erfolg. Offenbar glauben viele, wenn sie „mal“ sagen, das sei besonders gutes Hochdeutsch. Doch dem Duden ist zu entnehmen, dass „mal“ anstelle von „einmal“ umgangssprachlich und somit nicht nur kein Hochdeutsch, sondern auch „unösterreichisch“ ist, denn im Duden ist selbstverständlich mit Umgangssprache die in Deutschland übliche gemeint! Aber es gibt noch weitere unverdächtige Zeugen: die Brüder Grimm. Sie sind nicht nur die Autoren ihrer berühmten Märchensammlung sondern waren auch maßgeblich an der Entwicklung der hochdeutschen Sprache beteiligt und gelten sogar als „Gründungsväter“ der Germanistik. Doch zurück zu Grimms Märchen, denn die meisten beginnen mit: „Es war EINmal ...“ und nicht „Da war doch mal ...“. Und den Brüdern Grimm glauben wir, dass sie sich diese Worte gut überlegt haben. Also leisten auch wir uns den Luxus.

Euer *Wieland*

## LIEBE BUNDES- UND KARTELLBRÜDER!



Das heutige Thema „Gerechtigkeit“ gehört zu den schwierigsten und am härtesten diskutierten Themen unserer Zeit, wird jedoch oftmals einseitig von jedem in seinem Sinne und zu seinem Vorteil definiert á la „Gerechtigkeit für Legoland“, meist dient dies allerdings lediglich als Vorwand für „mir noch mehr, den anderen weniger“.

Was neben diesen sich selbstentlarvenden Egoismen dabei aber immer mehr ignoriert wird, ist das stetig größer werdende Auseinanderklaffen von Recht und Gerechtigkeit. Hier sollten wir als (selbst so definierte) geistige Elite aufmerksam werden, entscheiden doch pars pro toto immer öfter Gerichte und Höchstgerichte in für uns moralisch dubioser Weise und legen Urteile vor, die unsere Werte völlig untergraben.

Hier sollte es wohl einen deutlichen Aufschrei aus unseren Reihen geben, wenn aus einem moralisch fragwürdigem Rechtspositivismus heraus geurteilt wird, der der Welt moralische unabhängige Werte abspricht, so sie nicht gesetzlich definiert sind? Gerade in unseren Korporationen kennt ja aber wohl jeder im Gegensatz dazu die Situation, in der der frisch maturierte Jungphilister mit einem Semester Jus-Erfahrung an der Uni dem Convent Gott und die GO-Welt erklärt und diese als unantastbar darstellt, dann jedoch durch erfahrenere und aus anderen Berufen stammende Bundesbrüder darauf hingewiesen wird, dass die GO und Statuten wohl den Rahmen und das Gerüst bilden können, aber niemals Selbstzweck sein dürfen und das Bundesbrüderliche den Vorrang zu haben hat. Gerade das ist ja Frucht unseres korporativen Selbstverständnisses, dass Menschen mit Verstand (hoffe ich) auf gleicher Augenhöhe über Dinge diskutieren können und dann dem Begriff Gerechtigkeit im Sinne unserer Grundsätze näherkommen als durch starre Paragraphenreiterei.

Dass dies in unserem Staat leider schon länger nicht mehr so ist, die für uns tonangebenden christlich-sozialen Grundlagen von rechtssprechenden und -gebenden Organen ignoriert werden und das subjektive Recht der Mehrheit einer objektiven Gerechtigkeit vorgezogen wird, sollte uns daher nicht nur nachdenklich machen, sondern dazu bewegen, uns im Auftrag unserer Werte und Vorfäter zu engagieren, damit hier wieder etwas mehr Iustitia anstatt Iurisprudencia in unserer res publica zum Tragen kommt.

Euer *Gambrius*

## ÜBER DIE CHRISTLICH-SOZIALE WURZEL DER VOLKSPARTEI

Mit dem neuen Sammelband „Christlich-soziale Signaturen“ legt die Politische Akademie der neuen Volkspartei ein wissenschaftliches Grundlagenwerk zu einer lebhaften politischen Debatte vor. 21 namhafte Autoren sind dem Aufruf der Herausgeber - Bettina Rausch (Präsidentin Politische Akademie) und der Philosoph Simon Varga (DMW) - gefolgt und haben Essays beige-steuert. Die Beiträge sollen zum „Nachdenken und Weiterdenken“ anregen.



Auch der säkulare und liberale Rechtsstaat brauche ein Wertefundament. Im Grundsatzwerk „Christlich-soziale Signaturen“ legen 21 Autoren auf 452 Seiten

ihre Gedanken dazu dar. Unter ihnen finden sich etwa Caritas-Bischof Benno Elbs, der deutsche Literaturwissenschaftler und Historiker Till Kinzel, der Ethiker Mattias Beck, die Theologinnen Regina Polak und Ingeborg Gabriel (Universität Wien), der Grazer Soziologe Manfred Prisching, Martin Rhonheimer (Päpstliche Universität Santa Croce), Clemens Sedmak (University of Notre Dame) oder der Ökonom Philip Plickert.

Das Buch ist im Büchershop der Politischen Akademie sowie im gutsortierten Buchhandel erhältlich.

Bettina Rausch, Simon Varga (Hrsg.):  
**Christlich-soziale Signaturen. Grundlagen einer politischen Debatte.**  
 edition noir, Wien 2020  
 452 Seiten, € 14,90

## BRILLANTER IDENTITÄTS- UND POLITHTHRILLER

Es dauerte über 90 Jahre, ehe der Roman von Maria Lazar, als assimilierte Jüdin 1895 in Wien geborenen, erstmals auf Deutsch erscheint. Dass der vergessene Roman der bislang ebenso weitgehend vergessenen österreichischen Literatin erscheinen konnte, ist Kbr. Markus Ch. Oezelt (Philistersenior TKW, GLW) zu verdanken. Gerade noch rechtzeitig vor dem Corona-Lockdown im Frühjahr reiste er ins englische Northampton zur Enkelin der 1948 verstorbenen Autorin – einer entfernten Verwandten –, um den Nachlass zu sortieren. Mit dem Typoskript des Romans im Gepäck kehrte er nach Wien zurück und übergab das Werk an die Edition „Das vergessene Buch“ des engagierten Verlegers Albert C. Eibl. Der Roman ist mittlerweile seit Monaten in den deutschsprachigen Bestseller-Listen gereiht – samt entsprechender Lobeshymnen durch die Literaturkritik.



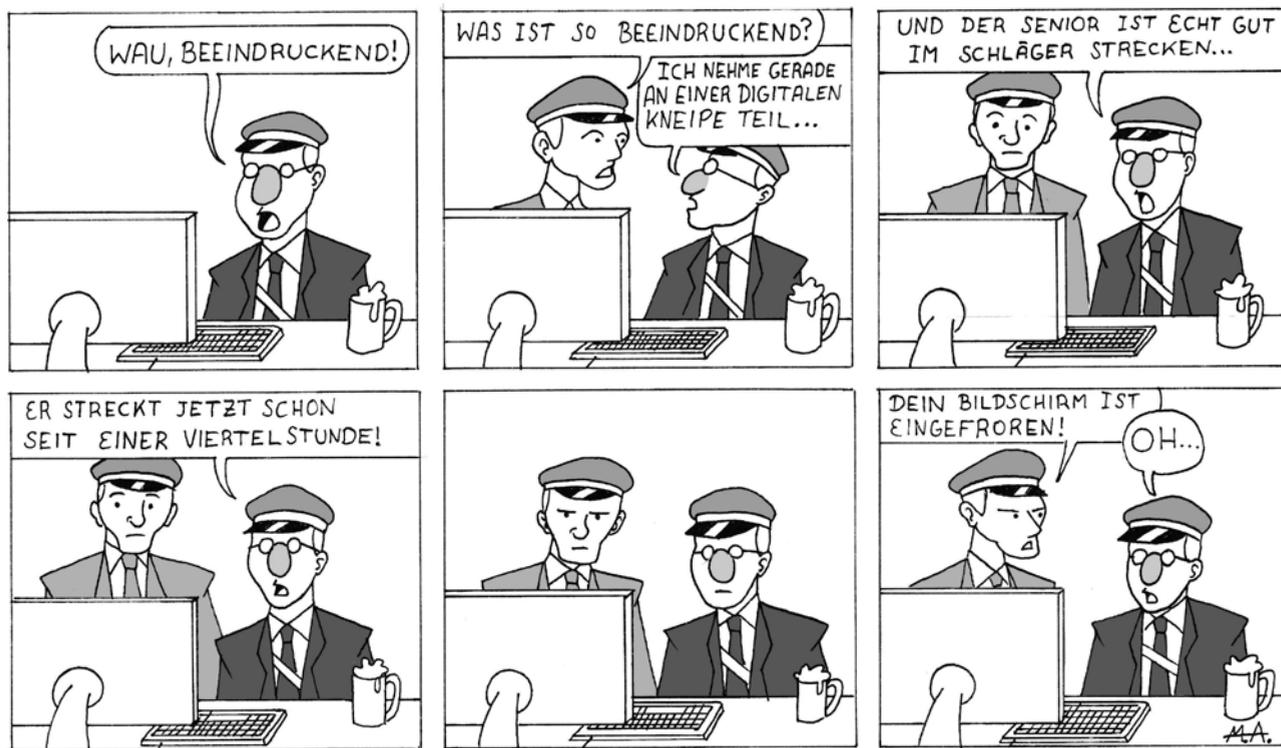
In dem 1929 verfassten Kriminalroman – er erzählt die Geschichte eines Berliner Bankiers, blickte Maria Lazar ins Jahr 1932 – mit all den Vorahnungen politisch-radikaler Entwicklungen.

„Es ist todtraurig, es ist wahnsinnig komisch [...] eine wirklich schöne, unterhaltsame literarische Entdeckung!“ – Denis Scheck im SWR lesenswert Quartett über „Leben verboten!“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Maria Lazar:

### **Leben verboten!**

Verlag: Das vergessene Buch  
 Wien 2020, ISBN 978-3-903244-03-0  
 383 Seiten, € 26,00



## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV)

Laudongasse 16, 1080 Wien;

**Telefon:** 01/523 74 34-0, **Fax:** 01/523 74 34-9,

**E-Mail:** kanzlei@mkv.at,

**Internet:** www.mkv.at;

**ZVR-Zahl:** 646503058

**Geschäftsführer:** Walter Gröbinger (OCW)

**Vorstand:** Walter Gröbinger (OCW), Wolf Steinhäusl (FOE), Wolfgang Schmidt, MSc. (HES), Dr. Gregor Jansen (SOP)

**Chefredakteur:** Philipp Jauernik (FRW), couleur@mkv.at.

**Mitarbeit:** Tobias Klaghofer (VBW), Richard Gansterer (TRW), Dieter Michael Grohmann (Nc), Franz Schekolin (ASO)

**Fotos:** Sofern nicht anders angegeben: MKV, privat.

**Layout:** Gebrüder Pixel Kränkl & Sandpeck OG, Schließmannngasse 18/2, 1130 Wien, +43 676 3355520, www.gebruederpixel.at

**Auflage:** 25.000 Stück.

**Verkaufspreis:** EUR 3,-, Jahresabo EUR 12,- (inkl. Porto Österreich).

**Produktion und Anzeigenverwaltung:** Kny & Partner, Parkstraße 2/16, 2340 Mödling.

office@knyundpartner.com, +43 676 3106714.

**Verkaufsstellen:** MKV-Kanzlei, Adresse s.o.

WStV-Kanzlei, Wien 8. Laudongasse 16;

Denkmeyr Thomas, im Hatric 1, 8230 Hartberg; Wacker Norbert, Hall/Tirol, Oberer Stadtplatz 9; Wacker Martin, Innsbruck, Museumsstraße 38, Sezemsky Josef, Innsbruck, Bruneckstraße 162

**Blattlinie:** Das „Couleur“ ist die österreichweite Verbandszeitung des MKV und als solche politisch unabhängig. Ziel ist die Information aller Mitglieder und Interessenten im Rahmen eines kritischen, auf den Grundsätzen des MKV aufbauenden Jugend- und Mitgliedermagazins. Das Couleur versteht sich als Debattenmagazin, in dem Themen kontroversiell diskutiert werden können. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen.

Im Sinne der Lesbarkeit und des Respekts verwenden wir die grammatikalisch korrekten Bezeichnungen, die beide Geschlechter umfassen.



**TÜV**  
AUSTRIA

**AKADEMIE**

Jetzt neu!  
←

# Kursprogramm 2021

Ihr Bildungspartner in den  
Bereichen Sicherheit, Technik,  
Umwelt und Qualität – mit  
unseren Kursen werden  
Sie zielsicher.

Gleich  
kostenlos  
bestellen!

**Ziel. Sicher.**

akademie@tuv.at  
[tuv-akademie.at/kursprogramm](http://tuv-akademie.at/kursprogramm)

Der

**BUND**

für meine  
Visionen.



WIRTSCHAFTSBUND